

ische Ober-
an den Erz-
als Metro-
des Rheini-
folgendes
es Bischofs
en, gesandt:
er Eminenz
Graf von
st nicht nur
das ganze
befehlshaber
er Kontroll-
minenz ihr
dieser großen
zum Aus-
se Verteidig-
en uns in
r Konfessio-
würden sehr
enz die Ge-
blischen Bi-
dem ganzen
übermitteln

üchtlinge

ft deutscher
— wurde
g laut Ver-
die Mitglie-
n Lippstadt

d am 2. Juni
en die Knap-

ahn
ennbahn soll
r langer und
und erhöhten
ein privater
r Sportstätte
bahn erhalten,
oll, Vornehm-
rennen ge-

on Medinas
ewicht wurde
nd britischen
gegen den
Theo Medina
Runde wegen

Cambridge
Oxford und
Thames ihr
ren, sind bei
ge bewältigt
gerade glän-
und einem
ten und zehn

Winkel

6, versehen
amenen, im
langer und
In der Winkel-
30, dass
findet statt
1946, in der
choit,
ger
1. 1945 und
beigesetzt.
rgessen. Um
in in tiefer
geb, Kunst,
Bocholtz,
62, Seelen-

2. 1945 im
in Letztma-
und seine
em Schmerz:
Terfloth.

owe
7. 3. 1946
im Alter von
ins Gebet bit-
hörigen: Pa-
5. Wald-

3. 1946 nach
in Anknüpf-
im Gebet für
nen bitten:
und Anverw-

st Brünemann,
Febr. 1945
ichterlich, Ep-

elling, Ep.-Nr.
Gefangenlag-
Maas, Ep.-Nr.

os. Thiele, Ep.-
A. Wien, Jan.

in Marks, März

als Halbig, Ep.-
in Schlesien,
gried Kramer,
PA, Hamburg,

Laum, Ep.-
in Kurland,
ung Matenaers,
44 Malmédy,

in Ebbing, Ep.-
3 bei Kamenka

b Strunk, Ep.-
bei Bocholtz,
razzin, Ep.-Nr.
linen, zur Poli-
stärkungslager,
alter Heiland,
des des Rheins

ubert Bohnen,
PA, Posen,
Nägeler, Ep.-
Dänemark,
intrup, Ep.-Nr.
zwafont (Kri-

ernart, Ep.-Nr.
rlin.

Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagsort ist (21) Oelde

Neue

Westfälische Zeitung

Nr. 83

Freitag, den 29. März 1946

20 Pfg.

Gromyko verläßt Weltsicherheitsrat
Er lehnte eine Debatte über die Persienfrage ab

DIE STARKEN UNTERSCHIEDE in den anglo-amerikanischen und sowjetischen Auffassungen über die persische Frage wurden am Montagmittag offenkundig, unmittelbar nachdem der Weltsicherheitsrat zusammengetreten war. Am Mittwochabend verließ die sowjetische Delegation spontan die Sitzung, als ihr Antrag auf Vertagung der Verhandlung des Persien-Streitfalles abgelehnt worden war.

Der USA-Außenminister, der überraschend an der Sitzung an der Seite des amerikanischen Bevollmächtigten Stettinius teilnahm, trat entschieden dem sowjetischen Vorschlag entgegen und forderte eine Beratung des persisch-russischen Streitfalles. Hierbei unterstützte ihn der britische Hauptvertreter, Sir Alexander Cadogan.

Im Namen der sowjetischen Regierung gab Gromyko folgendes bekannt: Die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der persischen Regierung haben zu einem Abkommen über die Räumung Persiens durch die noch dort befindlichen Sowjettruppen geführt. Es ist bereits bekannt, daß diese Räumungen schon am 2. März eingeleitet wurden. In Übereinstimmung mit dem neuen Abkommen begann die neue Räumungsaktion am 24. März, und sie wird wahrscheinlich innerhalb von fünf oder sechs Wochen abgeschlossen sein — wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten.

„Gewisse Elemente“ suchten die Atmosphäre der Welt zu vergiften, behauptete Gromyko weiter. Gewisse Gruppen seien damit beschäftigt, einen neuen Weltkrieg zu verursachen. „Die Politik meiner Regierung richtet sich auf Frieden“, betonte Gromyko, mit Nachdruck. „Sie stellt eine Antwort dar an jene, die ihre Absichten verbergen und gegen den Frieden und die Sicherheit arbeiten. Diese Elemente mißbrauchen die Freiheit der Rede und der Presse.“

„Es gibt keinen Grund, die persische Frage vor den Weltsicherheitsrat zu bringen, da zwischen der sowjetischen und persischen Regierung ein Einverständnis erreicht worden ist“, mit diesem Argument begründete Gromyko seinen Antrag weiter.

Byrnes antwortet Gromyko

Im Anschluß an die Rede von Gromyko antwortete der amerikanische Außenminister Byrnes. Er erklärte, daß er den sowjetischen Vorschlag nicht unterstützen könnte. „Die persische Regierung hat durch ihren Vertreter“, so führte Byrnes aus, „die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf einen Disput mit der sowjetischen Regierung gelenkt, der geeignet erscheint, den internationalen Frieden und die Sicherheit zu gefährden. Die persische Regierung stellt fest, daß im Gegensatz zu dem Vertrag von 1942 die Sowjetregierung auch nach dem 2. März Truppen auf persischem Boden unterhält. Weiter setzt die sowjetische Regierung mit Hilfe von Sowjetagenten, Beamten und bewaffneten Kräften ihre Einmischung in innerpersische Angelegenheiten fort.“

Heute erklärt der Sowjetvertreter, daß es ein Abkommen gibt. Die persische Regierung hat ihren Antrag nicht zurückgezogen. Die persische Regierung hat nicht bestätigt, daß ein Abkommen geschlossen worden ist.

„Wenn es ein Abkommen gibt“, so argumentierte Byrnes weiter, „würde der Rat gewiß wünschen, daß diese Tatsache ihm durch persische Vertreter unterbreitet wird. Wir müssen diese Angelegenheit auf die Tagesordnung nehmen. Wenn es sich ergibt, daß kein Einverständnis über den Streit erreicht worden ist, dann würde der Sicherheitsrat die Angelegenheit prüfen und entscheiden, ob eine Maßnahme ergriffen werden soll, um eine vollständige Einigung zu erzielen.“

Der britische Hauptbeauftragte Cadogan unterstützte in seinen Ausführungen den Standpunkt, den Außenminister Byrnes eingenommen hatte. „Gromyko hat gesagt, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben. Ich denke“, so sagte Cadogan, „daß, wenn die beiden Parteien sich geeinigt haben, es natürlich wäre, wenn sie vor den Rat hinträten und das erreichte Abkommen bekanntlegten.“

Sowjetantrag mit 9:2 abgelehnt

Die australischen, holländischen und mexikanischen Delegierten unterstützten den Standpunkt, daß die Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Der polnische Delegierte hingegen schlug vor, daß die Frage von der Tagesordnung der gegenwärtigen Sitzung gestrichen werden sollte. Der Vertreter Ägyptens war der Ansicht, daß der Rat die Frage nicht diskutieren könnte, bevor er beide, den sowjetischen und den persischen Sprecher gehört hätte. Gromyko erwiderte darauf, daß er bei seinem Antrag bliebe, die persische Frage sollte von der Tagesordnung gestrichen werden.

In der folgenden Abstimmung würde dann der sowjetische Vorschlag mit neun gegen zwei Stimmen abgelehnt. Nur die sowjetischen und die polnischen Delegierten stimmten für die Absetzung von der Tagesordnung.

Der sowjetische Vertreter Andrei Gromyko erklärte, daß Rußland nicht bereit ist, über die persische Frage zu diskutieren, wenn diese Diskussion nicht um vierzehn Tage verschoben wird. Der amerikanische Außenminister Byrnes unterstützte einen Vorschlag des ägyptischen Delegierten, daß der persische Botschafter in Washington zugezogen werden sollte, um zu erklären, ob er einer Verschiebung der Diskussion zustimme oder ob er sie ablehne.

Die Debatte endete schließlich damit, daß der Sicherheitsrat einstimmig beschloß, einen Unterausschuß von drei Mitgliedern zu ernennen, die sich mit den verschiedenen Vorschlägen über die

Frage einer Verschiebung des persischen Streitfalles befassen sollten. Ein Bericht soll bis Mittwochabend vorgelegt werden. Der Vorsitzende des Sicherheitsrates ernannte die Vereinigten Staaten, Rußland und Frankreich als Mitglieder.

Kein Vermittlungsergebnis

New York, 27. März. Eine lebhaft diplomatische Tätigkeit folgte der ergebnislosen Dienstag-Debatte des Sicherheitsrates über den persischen Streit. Der amerikanisch-russisch-französische Unterausschuß, der nach sechsstündigen Verhandlungen am Dienstag eingesetzt wurde, versuchte die Gegensätze zwischen dem russischen Vorschlagsantrag und den Ansichten der Mehrheit noch vor der neuen Ratssitzung am Mittwochabend zu überbrücken. Der Unterausschuß konnte aber auf seiner einhundertstündigen Sitzung am Mittwoch kein Vermittlungsergebnis zwischen dem sowjetischen und amerikanischen und englischen Standpunkt erzielen, wie der Presseattaché der amerikanischen UNO-Delegation mitteilt. Damit war unmittelbar vor der Abendung des Weltsicherheitsrates noch immer keine Lösung der Persienfrage gefunden.

In der persischen Hauptstadt Teheran wurden am Dienstag außenpolitische Besprechungen innerhalb der Regierung abgehalten. Neue Berichte aus Teheran riefen in Kreisen der Delegierten des Sicherheitsrates Zweifel an der Art des Abkommens hervor, das nach den russischen Erklärungen zwischen der Sowjetunion und Persien erzielt wurde.

Die Vollmachten für den persischen Botschafter in Washington, Hussein Ala, zur Vertretung des persischen Protestes vor dem Sicherheitsrat wurden durch einen persischen Sprecher von neuem bestätigt. Botschafter Ala stand, danach während der letzten Tage in dauernder Fühlung mit seiner Regierung, und es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß das persische Kabinett von ihm eine Änderung oder eine Zurückziehung seines Protestbriefes verlangt. Der russische Delegierte Gromyko hatte in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat am Dienstag die Übereinstimmung zwischen den Ansichten Botschafter Ala und der persischen Regierung in Zweifel gezogen.

Brief Trumans an Stalin

New York, 27. März. Während der Unterausschuß des Weltsicherheitsrates einen Ausweg zur Lösung der festgefahrenen persischen Frage suchte, wurde von amerikanischer Seite aus Moskau gemeldet, daß Präsident Truman an Generalissimus Stalin einen persönlichen Brief zur Entspannung der Lage geschickt hat.

Gromykos letzte Worte

New York, 27. März. Der sowjetrussische Vertreter beim Weltsicherheitsrat, Botschafter Gromyko, verließ am Mittwochabend die Sitzung, nachdem der sowjetrussische Antrag auf Vertagung der Verhandlung des persisch-sowjetrussischen Streitfalles bis zum 10. April mit 9:2 abgelehnt worden war.

„Aus Gründen, die ich klar genug dargelegt habe“, sagte Botschafter Gromyko, „bin ich als

Vertreter der Sowjetunion nicht mehr in der Lage, weiter an der Verhandlung im Weltsicherheitsrat teilzunehmen. Da mein Antrag nicht angenommen worden ist, ich kann auch nicht bei der Tagung zusehen sein, darum verlasse ich die Sitzung.“

Nach der englischen und französischen Übersetzung dieser Erklärung des sowjetrussischen UNO-Delegierten nahm Botschafter Gromyko seine Papiere und verließ den Saal.

Innerhalb fünf Minuten, nachdem er sich von seinem Sitz in der Verhandlung erhoben hatte, bestieg Botschafter Gromyko, begleitet von seiner gesamten Delegation, seinen Wagen und fuhr davon.

Der Weltsicherheitsrat nahm von dem Auszug Botschafter Gromykos offiziell keine Notiz und fuhr mit der Beratung der Geschäftsordnung fort. Dann stimmte der Rat mit 8 von 10 Stimmen für den ägyptischen Antrag, den persischen Vertreter vor den Weltsicherheitsrat zu laden. Nur die Delegierten Australiens und Polens unterstützten diesen Antrag nicht.

Der persische Botschafter spricht

Dann nahm der persische Botschafter Dr. Hussein Ala am Konferenzisch Platz und erklärte, daß die Forderungen Sowjetrusslands an Persien mit der gebietsmäßigen Unantastbarkeit seines Landes unvereinbar seien.

Der Botschafter erklärte abschließend: „Die Lage ist außerordentlich gespannt. Die Angelegenheit ist äußerst dringend. Die Anwesenheit fremder Truppen in Persien hindert die Ausübung der Regierungsgewalt. Jeder Verzug in der Beilegung des Streitfalles würde eine Bedrohung des Weltfriedens sein. Ich ersuche den Weltsicherheitsrat, die Angelegenheit sofort aufzugreifen.“

Rudolf Heß verweigert die Aussage

Nürnberg, 25. März. Rudolf Heß, dessen Verhör vor dem Nürnberger Gericht allerseits mit besonderer Spannung erwartet wurde, hat am Montagmittag seinem Anwalt plötzlich erklärt, daß er nicht beabsichtige, selbst in den Zeugenstand zu gehen. Er will von seinem Recht, in eigener Sache auszusagen, keinen Gebrauch machen.

Noch am Vormittag war Heß fest entschlossen, eine Aussage zu machen, als er in der Mittagspause mit seinem Verteidiger eine erregte Auseinandersetzung hatte. Er gab zwei Gründe für seine neuerliche Sinnesänderung an: 1. Heß stellt sich nunmehr wieder auf den Standpunkt, er könne das Gericht überhaupt nicht anerkennen. 2. Das Gericht habe am Montag früh seinen Anwalt daran hindern wollen, ein neues Beweisstück vorzubringen.

Dieses Beweisstück ist eine Aussage des früheren Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Gaub, der behauptet hatte, daß zwischen Deutschland und Rußland im August 1939 außer dem Nichtangriffspakt auch ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei. Als der russische Ankläger gegen die Verlegung dieser Aussage protestierte und den angeblichen Geheimvertrag für „mysteriös“ erklärte, behielt sich der Verteidiger vor, gegebenenfalls den russischen Außenkommissar Molotow als Zeugen zu laden.

Der „Friedensflug“ vom Juni 1941

Vorher hatte Heß mit nicht mehr als einem üblichen, vagen, zerstreuten Halbinteresse für die Vorgänge im Gerichtssaal gehört, wie sein An-

Indien soll entscheiden

Neu Delhi, 25. März. „Wir wollen uns nicht mit der Frage befassen, ob Indien sein Schicksal selbst bestimmen soll — das ist bereits entschieden — sondern auf welche Weise dies geschehen soll“, erklärte der britische Indienminister Lord Lawrence, der Vorsitzende der britischen Kabinettsmission auf einer Pressekonferenz.

Die Besprechungen der Kabinettsmission sollen, betonte Lord Lawrence, die Aufstellung eines Verfahrens vorbereiten, auf Grund dessen die Formen für die Verwirklichung der Unabhängigkeit Indiens von den Indern selbst bestimmt werden. Der Indienminister sprach in diesem Zusammenhang den Wunsch aus, daß für die Übergangszeit eine repräsentative Regierung mit voller Unterstützung durch die Bevölkerung errichtet werde, da es sowohl im indischen als auch im britischen Interesse läge, daß eine so weitreichende Änderung glatt und friedlich vonstatten geht.

Lord Lawrence will zunächst die Ansichten der Vertreter der provincialen und zentralen Legislative, der führenden indischen Parteien und Organisationen und der indischen Staaten kennenlernen. Diese Unterredungen würden bis etwa Mitte April dauern.

Beratungen haben begonnen

Neu Delhi, 26. März. Die britische Kabinettsmission begann am Dienstagmorgen ihre Tätigkeit mit Besprechungen mit ihren Beratern und Beamten, nachdem sie bereits 24 Stunden nach der Ankunft eine lange Unterredung mit dem Vizekönig Feldmarschall Lord Wavell hatte.

Der Führer der Kongreßgruppe in der indischen zentralen gesetzgebenden Versammlung Chandra Bose erklärte, Indien sei nur mit der „vollständigen Unabhängigkeit“ zufriedenzustellen.

Neuer Vorschlag Frankreichs
in der Frage des Franco-Regimes

Paris, 26. März. Die dritte Note der französischen Regierung in der Spanienfrage, die dem englischen und amerikanischen Botschafter in Paris überreicht wurde, verichtet darauf, die Spanienfrage vor den Sicherheitsrat der UNO zu bringen. Die neue Note schlägt vor, die Spanienfrage vor die nächste Konferenz der Stellvertreter der Außenminister zu bringen und dort eine gemeinsame Politik gegen das Franco-Regime zu beraten.

Die Note bringt neue Argumente gegen den britischen und USA-Standpunkt. Vor allem schlägt sie Wirtschaftssanktionen gegen General Franco vor, insbesondere die sofortige Abstopfung der Benzinlieferungen an Spanien.

Pressezensur gelockert

Durch einen Erlaß des spanischen Erziehungsministers wird der Generaldirektor der spanischen Presse angewiesen, die bestehende Zensur für die Presse zu mildern.

Der Erlaß, der der Presse eine größere Freiheit gewähren soll, erlaubt aber unter keinen Umständen, die Pressefreiheit gegen die äußere oder innere Sicherheit Spaniens oder die grundsätzliche Einrichtung des Staates oder ihre Führer zu gebrauchen.

Kabinettswechsel erwartet

Madrid, 27. März. Mit einem Wechsel im spanischen Kabinett, von dem vermutlich vier Ministerien betroffen werden, wird für den kommenden Monat gerechnet.

Wie ferner angenommen wird, soll die Funktion des persönlichen Beraters von Generalissi-

mus Franco von Oberstleutnant Martinez Fuxe auf den früheren Innenminister Blas Perez-Fonzyelin übergehen.

Juan fordert Volksabstimmung

Der spanische Thronprätendent Don Juan hat, wie der Sprecher der spanischen Royalisten in Lissabon erklärte, eine zwölf-Punkte-Resolution an General Franco geschickt und die Forderung gestellt, die Frage der Monarchie zum Gegenstand einer Volksabstimmung zu machen. Franco habe abgelehnt und den spanischen Botschafter in Lissabon angewiesen, die portugiesische Regierung zu ersuchen, Don Juans Aufenthaltsgenehmigung nicht zu verlängern.

Demzufolge wird aus Paris gemeldet, daß Don Juan, der kürzlich in Lissabon eingetroffen war, von der portugiesischen Regierung die Erlaubnis erhalten habe, seinen ständigen Wohnsitz in Portugal zu nehmen.

Polen zum Franco-Regime

Als eine „Bedrohung des Friedens“ wird die Regierung Franco vom polnischen Kabinett in einer Resolution beschrieben, die durch den polnischen Botschafter in Paris dem Präsidenten der republikanisch-spanischen Exilregierung ausgedient wurde.

Die Resolution erinnert an die Potsdamer Abmachungen der „Großen Drei“ und tritt für die Wiederherstellung der spanischen Republik ein. Polen erklärt sich solidarisch mit den französischen Maßnahmen gegen Franco und will jede Initiative unterstützen, die auf eine Wiederherstellung der republikanischen Rechte in Spanien abzielt.

walt Teile aus einem als „streng geheim“ bezeichneten Protokoll vorlas, das eine Besprechung vom 10. Juni 1941 zwischen Heß und dem damaligen englischen Lordsiegelbewahrer Lord Simon wiedergab. Heß habe gesagt: „Ich weiß, daß mein Kommen wohl von niemandem richtig verstanden worden ist. Ich muß gestehen, daß ich zum Führer kam, überzeugt, wie wir alle, daß wir über kurz oder lang, aber einmal sicher, England besiegen würden. Und ich vertrat daher den Standpunkt dem Führer gegenüber, daß wir selbstverständlich von England nunmehr zurückfordern müßten, was uns durch den Versailler Vertrag einst genommen wurde. Das kann ich bezeugen, daß, seit ich den Führer kenne, seit 1921, der Führer immer davon gesprochen hat, es müßte die Verständigung zwischen Deutschland und England zustande gebracht werden. Sobald er an der Macht sei, werde er das tun.“

Heß fuhr dann fort: „Ich habe damals den Gedanken gehabt, wenn man in England das wußte, könnte es vielleicht möglich sein, daß England seinerseits zu einer Verständigung bereit wäre. Ich habe auf Grund meiner persönlichen Beziehung zur Fliegerei eine Vorstellung von dem, was über kurz oder lang über England kommen wird, und da kann ich nur sagen, daß das etwas Furchtbares sein wird. Das, was bisher an Luftkrieg in England geführt wurde, im Vergleich zu dem, was kommen wird, war wirklich nur ein kleines Vorspiel.“

„Und das“, so erklärte Heß weiter gegenüber Lord Simon, „ist mit ein Grund, warum ich hierher gekommen bin.“

Heß kam dann auf die Bedingungen zu sprechen, zu denen Deutschland zu einer Verständigung bereit sei, und schloß: „Darf ich noch bemerken, daß ich nun die persönliche Überzeugung habe — und das ist auch die Überzeugung des Führers —, daß, wenn England auf diese Verständigungsgrundlagen nicht eingehen würde, über kurz oder lang der Tag kommt, wo es gezwungen ist, darauf einzugehen.“

Hierauf erwiderte Lord Simon, dem eingezeichneten Protokoll zufolge: „Ich glaube nicht, daß gerade dieses Argument im englischen Kabinett sehr einschlagen wird, denn, wissen Sie, es gibt eine ganze Menge Courage in diesem Land, und Drohungen lieben wir nicht sehr.“

Wilhelm Bohle als Zeuge

Im nachfolgenden Verhör des ersten Entlastungszeugen für Heß, Ernst Wilhelm Bohle, dem früheren Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, kam es zu scharfen Angriffen seitens des britischen Anklägers auf Bohles Glaubwürdigkeit.

Die erste Frage des Anklägers an Bohle lautete: Ob es nicht die Aufgabe der Organisation AO gewesen sei, die deutschen Truppen in ihren Angriffshandlungen gegen fremde Länder zu unterstützen. Diese Frage verneinte Bohle.

Dann holte der Ankläger seine Dokumente hervor. Das erste gab an, daß der Landesgruppenleiter der AO in Holland, Butting, ein Haus bewohnt habe, in dem auch, nur durch eine Tür getrennt, der Leiter des deutschen militärischen Spionageapparates gewohnt habe. „Wußten Sie nicht“, fragte der Ankläger den Zeugen, „daß Butting zwölf berufsmäßige Spionageagenten in“

(Fortsetzung auf Seite 3)

Selbst ist der Mann!

„Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren.“ Dieses Wort hat kein Geringerer als Johann Wolfgang von Goethe geprägt, der als Großherzoglich Weimarer Staatsminister wohl dazu berufen war, über die Frage der Staatsverfassung ein Urteil abzugeben. Sich selbst regieren, — sich selbst verwalten — ist ein Ausdruck der Demokratie.

Demokratie ist Herrschaft des Volkes, heißt: Mit dem Volke für das Volk! Eine solche Regierungsform ist für Deutschland etwas Neues. Denn die beiden großen Gelegenheiten, die dem deutschen Volke geboten wurden, eine echt demokratische Verfassung einzuführen, gingen unbenutzt oder nicht richtig benutzt vorüber: Die erste Gelegenheit bot sich im Jahre 1848 zur Zeit der Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main, aber die seelische Bewegung, die den Beginn kennzeichnete, und die starke geistige Leistung, die in den Mitten der Frankfurter Verhandlungen lag, zerfloßen in erfolglosem Streite und in Resignation. Und wie war es 1918? Da bekam Deutschland eine Demokratie, aber sie war von Anfang an überlastet, und die Parteien mußten nicht den richtigen Gebrauch davon zu machen, bis das deutsche Volk vom Jahre 1933 an von der Demokratie in die Despotie schlimmster Art gestürzt wurde: Die Landesregierungen verschwanden, die Parteien ebenso, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wurden zu nationalsozialistischen Organisationen und verloren damit ihren Sinn, die Kirchen wurden immer mehr unterdrückt, Lehrerschaft und Universitäten, Ärzte und Richter — alles und jedes, was die Möglichkeit bot, gegen den Terror der Nazis Widerstand zu leisten, ward „gleichgeschaltet“, das heißt: geknebelt und mundtot gemacht. Und das nicht allein: Der einzelne erhielt zugleich in die „Betreuung“ des Block- und Zellenparlaments und wurde belauert und bespitzelt, ob sein Verhalten etwa einen von der Gestapo willkommen geheißenen Anhalt zum Eingreifen bot. So sah die „Freiheit“ im Dritten Reich aus! „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“ Daß ein solches System ein für allemal erledigt sein muß, liegt auf der Hand. Indes auch bei der demokratischen Verfassung, wie sie die vierzehn Jahre vor 1933 bestand, war nicht alles Gold, was glänzt. „Jeder ist seinem unmittelbaren Vorgesetzten in allen Angelegenheiten verantwortlich“, führt dessen Befehl in blindem Gehorsam aus und kennt überhaupt keine Verantwortlichkeit dem Volke als Ganzem gegenüber, — so wird des Nöheren dargelegt in einem Artikel: „Zur örtlichen Selbstverwaltung“ in Nr. 81 der NWZ vom 22. März, worauf nochmals besonders hingewiesen sei. Welche grotesken Begebenheiten sich bei einer nichtdemokratischen Staatsverfassung zutragen können, zeigte vor langen Jahren der „Hauptmann von Köpenick“. Der Schuhmacher Wilhelm Voigt, angetan mit einer in einer Maskengarderobe geliehenen Hauptmannsuniform, hält zwei bewaffnete, vom Schießstand heimkehrende Soldaten an, die seinen „Befehlen“ blindlings gehorchen, besetzt mit ihnen das Köpenicker Rathaus, setzt, ohne den geringsten Widerstand zu finden, alle Beamten und Angestellten, vom Bürgermeister bis zum jüngsten Stütze, und das Publikum dort fest und zieht dann mit der gestohlenen Stadtkasse unangefochten von dannen! Wie anders dagegen geht es in der modernen Demokratie zu! „Alle Zweige der örtlichen Selbstverwaltung werden besonderen, aus dem (später durch freie Wahl gebildeten) Rat zusammengesetzten zuständigen Unterausschüssen unterstellt, und alle Beamten und Angestellten, die im Dienst der Gemeinde usw. stehen, werden ihre Anweisungen von dem zuständigen Unterausschuß erhalten.“ Unsere Zeit braucht darum auf verantwortlichem Posten Männer mit dem Mute zur Verantwortlichkeit, Persönlichkeiten, die entschlossen sind, von dem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes getragen, allen Schwierigkeiten entgegenzutreten und den Einzelmaßnahmen richtig zu werten wissen. Das mag manchem etwas Neues sein; und es wird wohl noch einiger Denkarbeit bedürfen, um sich die „Demokratie — heute“ klar zu machen, besonders da das Regime des Dritten Reiches der politischen Willensbildung des deutschen Volkes das Leben gekostet hat. Es liegt jetzt an jedem einzelnen, ob es anders, ob es besser wird. Die Zeit des Terrors ist vorüber! Die Zeit zum Wiederaufbau ist da! Selbst ist der Mann!

Südafrikas Inder protestieren

Johannesburg, 24. März. Mit der Bitte, ihren Fall vor den Sicherheitsrat der UNO zu bringen, wandte sich die Vereinigung der in Südafrika lebenden Inder an Generalissimus Stalin, wie der Präsident des indischen Kongresses in Transvaal, Dr. Dadoo, bekanntgab. Die Inder protestieren gegen zwei dem südafrikanischen Parlament zur Beratung vorliegende Gesetzentwürfe über Landbesitz und das Wahlrecht von Asiaten auf südafrikanischem Boden und über die indische Vertretung im Parlament.

Dr. Dadoo fügte hinzu, daß die Inder sich mit der Bitte um Vermittlung gleichzeitig an Marschall Tschiang-Kaischek, Präsident Truman, Premierminister Attlee und Ministerpräsident Gouin gewandt haben.

Kapstadt, 26. März. Nach einer Erklärung General Smuts' dient das von den Indern stürmisch angegriffene Gesetz dem „Schutz der europäischen Gesellschaftsordnung“.

Smuts betonte, daß er in diesem Gesetz keine Beleidigung der Inder sehen könne. Man wolle den Indern durchaus freie Entwicklung und Gerechtigkeit zuerkennen, andererseits wolle man aber nicht den Aufbau der südafrikanischen Gesellschaft verletzen.

Nach der Ausgabe der Nr. 84 der „Neuen Westfälischen Zeitung“ am 2. April wird die Verbreitung der Zeitung im Regierungsbezirk Münster und Regierungsbezirk Arnberg herabgesetzt und dort die „Westfälische Rundschau“ verkauft.

Einheit oder Rivalität

Hamburg, 25. März. Sowohl die deutsche wie die englische Innenpolitik unserer Tage beschäftigt sich sehr stark mit der Frage einer einheitlichen Arbeiterpartei. Die Kommunisten beider Länder fordern Vereinigung mit den Sozialdemokraten bzw. der Labour Party.

In Deutschland ist die Sozialdemokratie gespalten. In den westlichen Zonen fürchtet man in einer Einheitspartei der Linken die Vorstufe zu der Alleinherrschaft einer einzelnen Partei, wie man sie 12 Jahre hindurch zum Ruin Deutschlands erlebte und wie sie, nur mit ganz anderen Vorzeichen, in Sowjetrußland seit nahezu 30 Jahren besteht. Der sozialdemokratische Befürworter in Berlin, Otto Grotewohl, möchte diese Gefahr in Kauf nehmen, um einer starken, einheitlichen deutschen Arbeiterpartei mehr Durchschlagskraft zu geben.

Die kommunistischen Fürsprecher proklamieren nicht mehr ihre alte Kampfparole von der „Diktatur des Proletariats“, wie der Begriff Diktatur in Deutschland nach 12 Jahren Anschauungsunterricht anrüchig geworden ist. Nach den Darlegungen ihrer ideologischen Vorkämpfer wollen die Kommunisten eine wahrhafte Demokratie. Andererseits aber lehnen die Berliner Kommunisten eine so demokratische Maßnahme wie Urabstimmungen der beiden Parteien über ihre Vereinigung ab.

In Deutschland ist bisher die Frage, wie stark die Anhänger der SPD und KPD, ist nicht ausgetragen worden. Die großen Erfolge der Sozialdemokraten bei den Gemeindevahlen in Groß-Hessen und teilweise auch in Württemberg-Baden sowie die relativ geringen Stimmsergebnisse der Kommunisten sind ebensowenig ein einfacher Gradmesser wie einzelne Betriebsabstimmungen in Berlin.

Die ablehnenden Sozialdemokraten vermuten,

Wieder Postverkehr mit dem Ausland

Berlin, 27. März. Der Koordinierungsausschuß der Alliierten Kontrollrats beschloß auf seiner 47. Sitzung am 26. März die Eröffnung des internationalen Postverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland mit Ausnahme von Japan und Spanien im Rahmen des Weltpostvereins mit Wirkung vom 1. April 1946.

Zugelassene Sendungen sind: gewöhnliche Postkarten und gewöhnliche Briefe bis zu 20 Gramm, Ansichtskarten, Geschäftsbriefe sowie postlagernde Sendungen sind zum Postverkehr nicht zugelassen. Der Briefverkehr ist ausschließlich auf persönliche und familiäre Angelegenheiten beschränkt. Die Sendungen unterliegen der Zensur.

Briefe und Postkarten aus dem Ausland nach Deutschland können in jeder Sprache geschrieben werden. Briefe und Postkarten aus Deutschland nach dem Ausland müssen dagegen in russischer, englischer, französischer oder deutscher Sprache abgefaßt sein.

Die Gebühren für den internationalen Postverkehr betragen für Briefe 75 Pfennig, für Postkarten 45 Pfennig.

Stühne für Massenmord

Berlin, 26. März. Der erste Prozeß, in dem ein deutsches Gericht Deutsche aburteilt, die sich in den vergangenen 12 Jahren an Massenmorden beteiligten, fand vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin statt. Nach fünfjähriger Verhandlung wurden die 47 Jahre alte Oberärztin Dr. Hilde Wernicke und die 42 Jahre alte Krankenpflegerin Helene Wiczorek von der Heilanstalt Obrawalde bei Meseritz zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Die Angeklagte Dr. Wernicke hatte sich im Jahre 1943 nach einer Unterredung mit dem Anstaltsleiter Grabowski bereit erklärt, unmittelbare Geisteskranken durch Einspritzungen von Skopolamin und Morphium töten zu lassen. Bis zum Jahre 1945 hat die Angeklagte in mindestens hundert Fällen diesen Auftrag an ihre Krankenpflegerin erteilt. Die Mitangeklagte Wiczorek hat nach ihrem eigenen Geständnis in mindestens 40 Fällen Kranke auf diese Weise getötet.

Zwei Todesurteile in Aurich

Aurich, 25. März. Tod durch Erschießen lautete das Urteil im zweiten Auricher Kriegsverbrecher-Prozeß gegen den früheren Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Oberwarier, Wilhelm Jung, und den ehemaligen Landesschützen der deutschen Wehrmacht, Johann Georg Schumacher, die wegen Mitwirkung bei der Tötung eines gefangenen kanadischen Fliegers vor dem Kriegsgesicht der Royal Canadian Air-Force standen.

Schumacher ist das typische Beispiel von vielen Deutschen, die nicht wissen, wie sie ihren Verstand gebrauchen müssen, denen alles befohlen werden muß und die auf Befehl gehorchen. So kennzeichnete ein als Zeuge vernommener Gerichtsdolmetscher den typisch nationalsozialistischen Kadavergehorsam des Landesschützen Jung.

Neue Zeitungen in Hamburg

Hamburg, 26. März. Generalmajor Bishop überreichte vier neuen hamburgischen Zeitungen, die Anfang April zum erstenmal erscheinen, die Lizenzurkunden.

Lizenzen wurden erteilt für die „Hamburger allgemeine Zeitung“ (CDU), die „Hamburger Volkszeitung“ (KPD), die „Hamburger Freie Presse“ (Freie demokratische Partei) und das „Hamburger Echo“ (SPD).

Das von der britischen Militärregierung herausgegebene „Hamburger Nachrichtenblatt“ stellt sein Erscheinen ein.

Lübecker Zeitungen lizenziert

Lübeck, 25. März. Zwei Lübecker Zeitungen, die „Lübecker Nachrichten“ und die „Lübecker Freie Presse“ erhielten durch Generalmajor Bishop die Lizenz.

Unabhängige Bezirksverwaltungsgerichte

Düsseldorf, 26. März. Die Wiedereröffnung der von allen Behörden unabhängigen Bezirksverwaltungsgerichte Aachen, Köln und Düsseldorf erfolgte in Düsseldorf mit der Vereidigung des Präsidenten, der Richter und der Laienbeisitzer.

Damit wird der Öffentlichkeit das Recht zurückgegeben, sich in allen Fällen zu beschweren, in denen der Bürger seine Interessen durch ungerechte oder ungewisse Anwendung von Verwaltungsmaßnahmen für bedroht hält. Durch die Nationalsozialisten war dieses Recht erheblich beschnitten worden.

daß die Kommunisten bei Wahlen in Deutschland Stimmverluste einstecken müssen.

Andererseits liegen die Dinge in England, wo dieselbe Frage zum achtenmal den Kongreß der Labour-Party zu Pfingsten 1946 beschäftigen wird.

Das Zentralorgan der Labour-Party, „Daily Herald“, hat die kommunistische Aufforderung zum Zusammenschluß dahin interpretiert, daß die Arbeiterpartei „eine Dosis Gift schlucken soll“, weil es den Kommunisten darauf ankomme, den lebensstarken demokratischen Sozialismus abzulösen, der die britische Arbeiterpartei an die Macht gebracht hat. Der „Daily Herald“ schlägt vor, daß diejenigen Kommunisten, die mit der Labour-Party zusammenarbeiten wollen, einfach in diese Partei eintreten sollen. Die Arbeiterpartei leitet ihre Macht vom Volk ab, die Kommunisten sprechen dem Volk nicht nur jede Macht ab, sondern gerade das Recht der Überlegung und der freien Meinungsäußerung.

Die andere Seite meldet sich in der kommunistischen Zeitung „Daily Worker“ zum Wort. Sie erinnert an die verhängnisvolle Uneinigkeit zwischen der SPD und KPD, in Deutschland vor 1933, die Hitler die Errichtung seiner Diktatur erleichtert hat, und schreibt: „Der Kampf um die Einheit in England ist keine vereinzelter Erscheinung, er ist ein Teil der Bewegung, die sich mächtig über Europa ausbreitet. Wenn diese Einheit hier in England Wirklichkeit wird, so wäre sie für die ganze Welt von größter Bedeutung.“

Gewissermaßen als Unparteiischer nimmt das bedeutende liberale englische Organ „Manchester Guardian“ dazu Stellung: „Eins kann die kommunistische Partei nicht behaupten, nämlich, daß sie bereit sei, sich nicht an die russische Politik zu binden, sondern britische Politik zu treiben. Die jüngsten Erfahrungen, die man mit den kommunistischen Parteien auf dem Kontinent gemacht hat, sind nicht ermutigend. Selbst den am weitesten links stehenden Mitgliedern der Arbeiterpartei kann der Eifer nicht entzogen werden, mit dem der kommunistische „Daily Worker“ bei jeder Wendung in den Verhandlungen der Vereinten Nationen der Moskauer Richtung folgte, auch wenn dies noch so große Verrenkungen kostet.“

Das englische Volk hat in den Parlamentswahlen im Sommer 1945 selbst Stellung genommen und sich für die Labour-Party entschieden. Eine ähnliche deutsche Stellungnahme liegt noch nicht vor, weil noch keine deutschen Parlamentswahlen stattgefunden haben.

Aber Deutschland hat nach der großen Katastrophe von 1945 als Land der europäischen Mitte noch die schwierige Aufgabe, zwischen Ost und West, zwischen westlicher formaler Demokratie und östlicher ursprünglicher Kraft der Massen eine eigene Lösung zu finden. Das gegenwärtige Chaos kann Deutschland nicht von der Aufgabe entbinden, seinen eigenen Beitrag zu dem dringenden europäischen Problem der sozialen Demokratie zu liefern.

Labour-Party bleibt für sich

London, 27. März. Der nationale Vollversammlung der englischen Labour-Party hat sich gegen einen Zusammenschluß mit der englischen kommunistischen Partei ausgesprochen.

In einem Manifest über die Ablehnung des Zusammenschlusses heißt es: „Die Kommunisten sehen auf die Demokratie wie auf ein bürgerliches Vorurteil. Eine Vorliebe für Diktatur macht sich in ihrem inneren Parteibau breit. Die Politik der kommunistischen Partei wird über die Köpfe der Mitglieder hinweg bestimmt. Sie setzen an Stelle der Gedanken- und Gewissensfreiheit einen eisernen und unbedingten Gehorsam nach den Richtlinien der Partei.“

KURZNACHRICHTEN

Washington, 25. März. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und russischen Arbeitern befürwortet die Abordnung des „Kongresses der industriellen Organisationen“ (CIO). Die CIO-Abordnung fordert die USA, auf der Sowjetunion Maschinen, industrielle und technische Güter zu liefern.

Washington, 26. März. Wie der stellvertretende amerikanische Außenminister bekanntgab, ist eine neue Methode, Atomenergie für Industriezwecke nutzbar zu machen, gefunden worden.

Atlantic City, 26. März. Zum zweiten Mal lehnte der Rat der UNRRA die Aufnahme Albanien in die UNRRA ab, nachdem der russische Delegierte den Versuch unternommen hatte, die Aufnahme Albanien vor den Verfahrens-ausschuß zu bringen.

Taihu, 25. März. Zu Tausenden treffen täglich chinesische Truppen im Hafen von Taihu, der Hauptstadt Formosa, ein. China hat damit nach 50 Jahren wieder die Oberhoheit über die Insel übernommen.

Batavia, 27. März. Holländische Streitkräfte, die auf den östlich von Java gelegenen Inseln Bali und Lombok landeten, wurden von der Bevölkerung mit Begeisterung empfangen, wie der niederländische Marine-Informationsdienst mitteilt.

Belgrad, 26. März. Eine Vereinbarung über den Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurde während des Aufenthaltes Marschall Titos in Prag erzielt, wie jetzt bekanntgegeben wurde.

Athen, 26. März. Der griechische Ministerpräsident Sophoulis gab bekannt, daß die griechische Regierung sofort nach den Wahlen am 31. März Großbritannien bitten werde, die britischen Truppen vorerst weiter in Griechenland zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu belassen.

Warschau, 27. März. Über drei Millionen Polen haben sich in den polnischen „Westgebieten“ — den Gebieten westlich der polnisch-deutschen Vorkriegsgrenze — angesiedelt, wie eine polnische Volkszählung ergab.

London, 26. März. Einen Bericht über seine Verhandlungen in Washington und die Sitzungen des Vereinigten Ernährungsausschusses legte der britische Ernährungsminister Sir Ben Smith in einer Kabinettsitzung vor. Die Bekanntgabe eines Kabinettschlosses zur Ernährungspolitik Großbritannien einschließlich der britischen Besatzungszone Deutschlands ist nach Londoner Meldungen umgehend zu erwarten.

London, 27. März. Ein überwältigendes Vertrauensvotum für seine Außenpolitik erhielt der britische Außenminister Bevin bei einer privaten Sondersitzung der Parlamentsfraktion der Labour Party.

Wien, 27. März. Den Auftrag, einen neuen definitiven Verfassungsentwurf für Österreich

Belgien ohne Regierung

Brüssel, 26. März. Der von Prinz Charles mit Untersuchungen über die Möglichkeit einer Regierungsbildung beauftragte Leiter der belgischen katholischen Partei, der Schrijver, hat seinen Auftrag an den Regenten zurückgegeben. Die Schwierigkeiten der belgischen Regierungsbildung beruhen auf der Tatsache, daß die Ergebnisse der Februarwahlen keine Mehrheitsbildung zulassen.

Inzwischen hat der politische Ratgeber des belgischen Königs, Professor Pirenne, erklärt, daß König Leopold jetzt weniger denn je die Absicht habe, abzudanken. Der König bestche auf einer Volksbefragung und werde sich dieser unterwerfen. Auch Vorschläge, die eine neue Regierung in Brüssel dem König machen würde, werde dieser berücksichtigen.

Brüssel, 27. März. Achille van Acker, der frühere sozialistische Ministerpräsident, wurde am Mittwoch in Brüssel zu einer Unterredung mit Prinz Charles gerufen.

In diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß van Acker vom Regenten mit vorbereitenden Verhandlungen zur Regierungsneubildung beauftragt wurde.

Letzte Völkerbundssitzung

Genf, 26. März. Zur letzten Sitzung des Völkerbundes in Genf am 8. April sind die Vertreter von 40 Nationen eingeladen.

Sechs Jahre hindurch war der größte Teil der Bauten des Völkerbundspalastes in Genf geschlossen. Tagungshallen und Sitzungsräume sind aber so erhalten geblieben, daß sie sofort wieder benutzt werden können.

An der Spitze der britischen Abordnung wird Staatsminister Noel Baker stehen. Frankreich wird ein Mitglied des Kabinetts entsenden. Von den drei skandinavischen Staaten werden die Außenminister erwartet. Litauen, Lettland und Estland sind nicht eingeladen worden. Auch die früheren Achsenländer werden mit Ausnahme von Bulgarien nicht erscheinen, da sie alle während des Krieges aus dem Völkerbund ausgetreten sind.

Bern, 27. März. Eine Sonderdelegation der UNO, wird die Möglichkeit untersuchen, einige Teile der UNO, in Genf unterzubringen. Generalsekretär Trygve Lie hat dem Schweizer Außenminister Bundesrat Petitiere mitgeteilt, daß ein Ausschuß der UNO, gebildet würde, um die Überführung von Völkerbundsbesitz an die UNO, in Angriff zu nehmen.

Spannungen in Triest

Triest, 27. März. Zunehmende Demonstrationen und Reibereien der widerstreitenden Parteien sind kennzeichnend für die Lage in Triest. Besondere Beachtung verdient ein Hirtenbrief des römisch-katholischen Erzbischofs von Gorizia, worin dieser scharfen Protest dagegen einlegt, daß jugoslawische Truppen ihm den Zugang zu einem Teil seiner Diözese verweigern.

Entgegen der ursprünglich von der Triester italienischen Organisation gewünschten Zurückhaltung ist jetzt in der italienischen Zeitung „La Voce Libera“ die Aufforderung zu lesen: „Aus jedem Fenster muß von heute an die Trikolore hängen, für die Mazzini und Garibaldi kämpften.“

Die von Studenten angeführten proitalienischen Straßenumzüge wurden von Tausenden jugoslawischer Arbeiter beantwortet, die zu Fuß und auf Lastwagen aus den Triester Außenbezirken in die Stadt kamen.

bis zum 1. Juli fertigzustellen, erteilte der Alliierte Kontrollrat der österreichischen Bundesregierung. Die erste provisorische Verfassung wurde von der sowjetrussischen Vertretung im Kontrollrat abgelehnt.

Berlin, 26. März. Das Gesetz über Deutschlands zukünftige Industriequote wurde vom Kontrollrat in Berlin unterzeichnet. Wirtschaftler der vier alliierten Nationen haben an diesem für das Nachkriegsdeutschland bisher wichtigsten Gesetz gearbeitet.

Berlin, 27. März. Wie der Chef der jugoslawischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin mitteilte, dürfen alle „Volksdeutschen“, die mit der deutschen Wehrmacht Jugoslawien verlassen, nicht mehr dorthin zurückkehren.

Berlin, 26. März. Der Austausch von Flüchtlingen zwischen der amerikanischen und der französischen Zone wird am 1. April in großem Umfang beginnen.

Berlin, 25. März. Etwa 100 000 Kriegsgefangene aus der englischen und amerikanischen Zone werden in den nächsten Wochen in ihrer Heimat Berlin und in der sowjetischen Zone erwartet.

Wuppertal, 26. März. Die Europäische Güter- und Reisegepäck-Versicherungsgesellschaft nimmt ab sofort ihre Tätigkeit innerhalb der gesamten britischen Zone wieder auf. Versichert werden Reisegepäck, Expressgut und Aufbewahrungsgut. Auch der Eilgut- und beschleunigte Eilgutverkehr wurde ab 26. März in der britischen Zone wieder eröffnet.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00, 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.
Sonntag, 31. März: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Stunde der Besinnung, 10.00 Kammermusik, 12.00 Blick in die Welt, 12.15 Landfunk, 14.00 Garfunk, 14.30 Kinderfunk, 15.00 Sinfoniekonzert, 18.00 Jugend — heute und morgen, 20.00 Aus der Welt der Operette, 22.05 Sport, 22.15 Lebendige Welt, Literatur, 22.30 Tanzmusik.
Montag, 1. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Schulfunk, 9.40 Das Volkslied, 12.15 Landfunk, 12.30 Musik, 16.30 Suchdienst, 17.00 Wissen und Fortschritt, 17.15 Kammermusik, 17.45 Das gute Buch, 18.00 Streiflichter der Zeit, 18.30 Volksmusik, 20.00 Urlaub, 23.00 Tenzmusik.
Dienstag, 2. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Schulfunk, 12.00 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 14.00 Deutsche Pressechau, 16.30 Suchdienst, 17.00 Im Rampenlicht, 17.45 Das gute Buch, 19.40 Die Frau, 20.00 „Elektra“, 22.00 Literaturgeschichte, 22.15 Tanzmusik.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung
Oelde 409 149, Bielefeld 41 307
Gesamtauflage 824 516

Erhöhung

Berlin, 26. März. Alliierten Kommando wurde das Gebührengesetz für Ferngespräche im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht. Die Gebühren für Ferngespräche werden im Fernsprechnetz der Gebührengesetzordnung vom 24. März erhöht.

Nazi-Diplomatie im „Auswärtigen Amt“

(Fortsetzung von Seite 1)

seinem Dienst hatte, und wußten Sie nicht, daß er in Holland jede Schleuse und jede Eisenbahnbrücke hatte auskundschaften lassen?

Der Ankläger las sodann aus einem Jahrbuch der AO. einen Aufsatz des norwegischen Landesgruppenleiters über die Tätigkeit der Organisation vor: „Am 9. April stellte sich dann der Erfolg unserer heimlichen Arbeit in Norwegen heraus“. Weiter heißt es in dem Aufsatz, die Mitglieder der AO. hätten vor diesem Datum auch „gefährliche Aufgaben“ zu erfüllen gehabt.

Er hat „nichts davon gewußt“

Bohle entgegnete dem Ankläger: „Ich kann leider nichts darüber sagen, weil ich nichts davon weiß.“

Das Tagebuch des Landesgruppenleiters in Griechenland sowie ein Befehl des Landesgruppenleiters in Rumänien wurden vorgelesen, und der Ankläger folgte aus ihnen, daß auch in Griechenland und Rumänien die AO. sich als Spionagezentrale betätigt habe.

Ankläger: „Welche Stellung hatte denn in Ihrem Amt Herr Hauptmann Schnauz?“

Bohle, sichtlich verwirrt: „Schnauz — das war doch gar kein Hauptmann, das war ein früherer Feldwebel, der einen Rang in der SS hatte.“

Ankläger: „Streiten wir uns nicht um den Titel, Herr Zeuge. War es die Aufgabe von Herrn Schnauz, die Verbindung zwischen der Auslandsorganisation und der militärischen Abwehr zu halten?“

Dies gab Bohle nach nochmaligem Zögern schließlich zu, betonte aber noch einmal, Schnauz sei kein Offizier gewesen.

Ankläger: „Schon gut. Das genügt mir.“

Nach nochmaliger Zusammenfassung der wichtigen Vorfälle in seiner Organisation, von denen er angesprochen hatte, nichts gewußt oder von ihnen erst später erfahren zu haben, fragte der Ankläger abschließend: „Aber Sie bleiben dabei, daß Sie noch immer für alles die Verantwortung übernehmen?“

Bohle: „Aber selbstverständlich.“

Nürnberg und Versailler Vertrag

Nürnberg, 26. März. Kurz nachdem am 90. Verhandlungstag des Nürnberger Prozesses der Angeklagte Ribbentrop, dem Beispiel von Heß folgend, durch seinen Verteidiger bekanntgegeben hatte, daß er nicht im Zeugnisstand aussagen werde, und zwar weil eine nervöse Störung ihn am Sprechen hindere, gab Hauptankläger Jackson bekannt, eine Untersuchung Ribbentrops durch amerikanische Militärärzte habe ergeben, daß Ribbentrop sehr wohl sprechen könne. Er sei nur „nervös und ängstlich“.

Den Erklärungen der beiden Verteidiger, Dr. Seidel und Dr. Horn, daß ihre Mandanten auf die Aussage verzichten, ging eine lange Debatte zwischen Anklagebehörde und Verteidigung voraus. Es ging um die Frage der Zulassung von Beweismaterial über den Versailler Vertrag, die das Gericht schließlich dahin entschied, daß keine Argumente für die Behauptung zugelassen werden würden, daß der Versailler Vertrag ungerecht gewesen und unter Zwang abgeschlossen worden sei.

Dr. Horn begann mit der Verlesung einer Erklärung seines Mandanten Ribbentrop, in der es hieß: „Als Reichsaußenminister hatte ich die außenpolitischen Richtlinien und Weisungen Adolf Hitlers durchzuführen. Für die hierbei vorgenommenen politischen Handlungen übernehme ich die volle Verantwortung.“

Schließlich erklärte Dr. Horn, daß sein Mandant seit einiger Zeit an Sprachstörungen leide und daher wahrscheinlich nicht in der Lage sein werde, selbst Aussagen zu machen. Er selber trage jetzt das vor, was Ribbentrop als Antwort auf die Anklage vorzubringen wünsche. Man könne sich dann vielleicht mit Rücksicht auf die Sprachstörungen seines Mandanten darauf beschränken, ihn später kurz in den Zeugnisstand zu rufen, um dort unter Eid die Ausführungen seines Verteidigers zu bestätigen.

Der Vorsitzende lehnte es ab, diesem Kurs zu folgen und erklärte, Ribbentrop könne ja seine eigene Aussage zu einem späteren Zeitpunkt machen, falls seine Sprachstörungen bis dahin behoben seien. „Sie können hier nicht als Zeuge in Sachen ihres Mandanten auftraten“, sagte Lord Justice Lawrence.

Jeder machte in Außenpolitik

Baron von Steengracht, Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1943 an, der als erster Zeuge zum Fall Ribbentrop vernommen wurde, sagte aus, daß es im Dritten Reich eine Außenpolitik im traditionellen Sinne überhaupt nicht gegeben habe. Ribbentrop habe einmal zu ihm geäußert: „Der Führer braucht gar keinen Außenminister, was er haben will, ist ein außenpolitischer Sekretär“. Der Außenminister habe hinzugefügt, er möchte sehr gerne dieser Sekretär sein, weil dann seine Anordnungen wenigstens durch eine Autorität gedeckt würden. Denn in der Frage der deutschen Außenpolitik, so sagte der Zeuge,

hätte im Dritten Reich nicht nur das Auswärtige Amt gewirkt, sondern die Partei selber und fast jede ihrer Gliederungen. Die Hitler-Jugend, die SA, die SS, die Dienststelle Rosenberg, der Arbeitsdienst, die nördische Gesellschaft, ja sogar die Reichsbahn habe ihre eigene Außenpolitik durch ihre Funktionäre betrieben.

Die Berichte der berufsmäßigen Diplomaten habe Hitler kaum oder nie zur Kenntnis genommen, die Berichte unkontrollierbarer Agenten, die im Auftrag Goebbels, Himmlers und Bormanns arbeiteten, aber immer,

„Verträge sind kindisch“

Ein Diplomat habe nämlich, nach der Ansicht Hitlers, nur die Charaktereigenschaften: Schlapp, den Staat schädigend und defätistisch gehabt.

„Diplomatie ist Völkervertrag. Verträge sind kindisch, die müssen nur solange gehalten werden, wie die Partner sie als zweckdienlich ansehen.“ Mit dieser Äußerung Hitlers fällte der Zeuge Hitlers Gesamtinstellung zu allen Fragen der Diplomatie zusammen.

Die Frage des Verteidigers: „Halten Sie Ribbentrop für einen typischen Nazi oder nicht?“ verneinte Baron Steengracht. Ribbentrop habe die Lehren und Doktrinen der Partei kaum gekannt. Zu Hitler allerdings habe er im Verhältnis soldatischen Gehorsams gestanden, und er habe oft beobachtet, daß er zu Hitler ein hypnotisches Abhängigkeitsgefühl gehabt habe.

Ein Einfluß des Auswärtigen Amtes auf Hitler habe eigentlich nicht bestanden. Für einen Zeitraum von zwei Jahren konnte er sich nicht daran erinnern, daß eine einzige Vorlage, die das Auswärtige Amt bei Hitler gemacht habe, dessen Zustimmung gefunden habe. Riet das Auswärtige

Amt zur Milde, so sagte der Zeuge, so habe Hitler zum Gegenteil geurteilt: Mißtrauen sei der Grundzug im Charakter Hitlers gewesen, und ein Mensch, der überhaupt irgendwann einmal in irgendeiner Sache zur Milde geraten habe, müßte bei ihm sein Gesicht so verlieren, daß er in Zukunft unmöglich war.

Daß die Genfer Konvention nicht gekündigt, daß das schwer hungernde Griechenland mit Nahrungsmitteln versorgt und daß die Währungsfragen in Frankreich und Belgien einigermaßen gehalten worden seien, das alles sei den Männern zu verdanken, die, obwohl sie die Meinungen Hitlers nicht teilten, im Auswärtigen Amt verblieben seien, wie auch Ribbentrop.

Ribbentrop habe auch die Erschießung von 10 000 englischen und amerikanischen Kriegsgefangenen verhindert, die Hitler auf Anraten von Goebbels nach dem Luftangriff auf Dresden ursprünglich angeordnet hatte.

Wie gering der Einfluß des Auswärtigen Amtes gewesen sei, ginge aus folgendem Beispiel hervor: Als Ribbentrop von der Absicht Hitlers hörte, Rußland anzugreifen, habe er seine gesamte Experten aufboten, um Hitler diese Idee auszureden. Sie wurden gar nicht vorgelassen. Lediglich der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Schulenburg, der aber auch nicht zu Worte kam. Vielmehr mußte sich Schulenburg einen Vortrag Hitlers von 20 Minuten Dauer anhören und wurde dann wieder weggeschickt, ohne seine eigene Meinung sagen zu können.

Es sei richtig, gab der Zeuge auf Befragen zu, daß Ribbentrop, von Kontrollen mit Hitler zurückkommend, seinen Untergebenen die Meinung des Führers mit „besonderer Vehemenz“ vortragen habe.

Ein Schreibtisch voll von Protesten

Nürnberg, 27. März. „Ribbentrop besitzt kein Anstandsgefühl und kein Wahrheitsgefühl, so etwas gibt es bei ihm nicht“, diese Worte, die der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Steengracht, im vorigen Jahr über seinen früheren Chef geäußert hatte, wurden ihm vom amerikanischen Anklagevertreter vorgehalten.

Der Ankläger hielt dem Zeugen einen Erlaß Ribbentrops vor, der den deutschen Geschäftsträger in Paris, Abetz, anwies, die geheime Staatspolizei und die Feldpolizei bei der Beschlagnahme des Eigentums der Juden zu beraten.

Der Ankläger wies Steengracht nach, daß ein Briefwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt über die Verschickung von 10 000 rumänischen Juden in KZ-Lager zum Zwecke ihrer Vernichtung vorliegt. Weiter verlas der Ankläger dem Zeugen eine eigene frühere Aussage Ribbentrops, daß er „einen ganzen Schreibtisch voll von Protesten des Vatikans über die Verfolgungen der Geistlichen und ihre Verschickung in die KZ-Lager“ gehabt hätte.

Zu einer besonders dramatischen Szene kam es, als der Ankläger dem Zeugen über die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes bei der Planung eines anti-jüdischen Weltkongresses befragte. Sehr erregt erklärte Steengracht, das Auswärtige Amt und Ribbentrop hätten sich hier hineingemischt, um in Wirklichkeit das Zustandekommen des Kongresses zu sabotieren.

Göring kein „typischer Nazi“

Im weiteren Verlauf der Vernehmung Steengrachts fragte der amerikanische Ankläger den Zeugen, welchen der Angeklagten er denn für einen „typischen Nazi“ halte.



Göring während einer abendlichen Beratung mit seinem Verteidiger im Nürnberger Justizpalast

Gegen Lebensmittelbeschaffung aus besetzten Ländern

Atlantic City, 27. März. Der UNRRA-Rat, der zur Zeit in Atlantic City die Weltnahrungslage erörtert, führte eine Abstimmung durch, bei der sich 26 Nationen für den Vorschlag aussprachen, daß die Besatzungsmächte aus eigenen Mitteln und nicht von den Ländern leben sollten, in denen ihre Truppen stationiert sind. Gegen den Vorschlag wurde keine Stimme abgegeben. Der Vertreter Sowjetrußlands und Delegierte verschiedener anderer Länder, die unter sowjetrussischem Einfluß stehen, enthielten sich jedoch der Stimme.

Kritik an russischen Landrequisitionen

London, 26. März. Auf der Konferenz der UNRRA in Atlantic City verließ, wie Radio London meldet, der Delegierte der Sowjetunion den Saal, als der amerikanische Delegierte die Requisition österreichischer Ackerlands für die Versorgung der russischen Truppen kritisierte. Der amerikanische Delegierte machte den Vorschlag, die UNRRA solle keine weiteren Lieferungen senden, um den durch die Requisition entstandenen Abgang an Lebensmitteln wettzumachen. Er erklärte, die Sowjettruppen hätten genug österreichischen Ackerlands requiriert, um damit Brot und Mehl für 250 000 Personen zu beschaffen.

Der „Times“-Korrespondent meldet hierzu: Der britische Delegierte unterstützte den amerikanischen Vorschlag. Er bezeichnete die Lage Österreichs als eine der ernstesten in Europa und fügte hinzu: „Wir sind gekommen, um diese Länder zu befreien und nicht, um von ihren Vorräten zu leben.“

Getreidevorräte 11 Millionen t

Rom, 26. März. Eine Erklärung, daß die nächsten 120 Tage darüber entscheiden, ob 500 000 000 Menschen in 19 verschiedenen Ländern hungern werden, gab Herbert Hoover in Rom ab.

Der gegenwärtigen Weltgetreidevorrat schätzte Hoover auf 11 Millionen Tonnen, denen eine Nachfrage von 20 Millionen Tonnen gegenübersteht.

Der frühere amerikanische Präsident wird auf seiner Reise zur Untersuchung der Weltlebensmittellage im Anschluß an einen Besuch in Genf nach Prag und Warschau weiterfliegen und sich von dort aus nach Dänemark, Holland und Westeuropa begeben.

Londoner Besprechungen zur europäischen Ernährungslage

London, 27. März. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister von 27 Nationen sind zu Besprechungen über die Ernährungslage in Europa nach London eingeladen. Zum erstenmal seit 1937 werden auch Vertreter ehemaliger Kriegsgegner der Alliierten an einer internationalen Konferenz teilnehmen.

Außer Großbritannien, den USA, Sowjetrußland, Frankreich und allen kleineren europäischen Alliierten werden als neutrale Länder Schweden, die Schweiz, Portugal und Irland an den vierseitigen Besprechungen teilnehmen. Von den ehemaligen Feindländern der Alliierten sind Finnland, Ungarn, Italien, Rumänien, Österreich und die Kontrollräte für Deutschland und Bulgarien eingeladen.

Tatsachen über die Ernährungslage

Hamburg, 26. März. Das Ernährungsproblem kann nur durch ein Höchstmaß an Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und den britischen Behörden gelöst werden. Zusammenarbeiten kann nur auf der Grundlage vollständigen gegenseitigen Verständnisses erreicht werden. Die nachfolgenden Tatsachen und Ziffern sollen zu diesem Verständnis beitragen.

Ist die Rationskürzung Teil einer wohlüberlegten Politik gegen das deutsche Volk?

Die einfachste Antwort auf diese Frage gehen die Zahlen der Nahrungsmittel, die vom 1. Juni 1945 bis zum 28. Februar 1946 in die britische Zone eingeführt wurden: Weizen: 618 663 Tonnen aus Großbritannien, Kanada und den USA. Mehl: 8779 Tonnen aus Großbritannien, Kanada und den USA. Gerste: 38 544 Tonnen aus Großbritannien, Kanada und den USA. Kartoffeln: 54 000 Tonnen aus Großbritannien, Fische: 48 000 Tonnen aus Norwegen.

Diese Gesamteinfuhr von etwa 845 000 Tonnen Nahrungsmitteln in neun Monaten erfolgte in Erfüllung des von Winston Churchill in früherer Zeit gegebenen Versprechens: „Wir können und wollen im voraus eine schnelle Lieferung von Nahrungsmitteln in alle Teile der verklärten Gebiete vorbereiten... einschließlich, ich sage dies ausdrücklich, des deutschen und des österreichischen Volkes.“

Mehr als 50 Prozent der Brotration in den letzten neun Monaten wurden aus diesen Einfuhren von Weizen und Mehl bestritten. Und dies geschah in einer Zeit der Weltknappheit von Nahrungsmitteln.

Warum besteht eine Knappheit?

Die Nahrungsmittelknappheit ist zu einem großen Teil die Folge der Politik Hitlers. Während des Krieges lebte Deutschland weitgehend von den Nahrungsmittelbeständen Europas. Die Anbahnung für Brotgetreide verringerte sich in Deutschland um 14 Prozent und auch der Ertrag sank infolge des Fehlens von Düngemitteln. Dies zeigt ein Vergleich der Ernteziffern von 1939 und 1945 in der britischen Zone. Weizen und Roggen: 1939: 2 600 000 Tonnen, 1945: 1 300 000 Tonnen, Rückgang 50 Prozent. Kartoffeln: 1939: 8 500 000 Tonnen, 1945: 5 500 000 Tonnen, Rückgang 35 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat die Bevölkerung der britischen Zone um zwei Millionen zugenommen.

Wurden Nahrungsmittel aus der britischen Zone ausgeführt?

Nur nach Berlin, wo die Bevölkerung des britischen Sektors aus Quellen ernährt werden mußte, die unter britischer Kontrolle stehen, und nach der amerikanischen Zone im Austausch gegen andere Nahrungsmittel: Die Menge dieser Ausfuhr kann mit der Höhe der Einfuhren aus Großbritannien und anderen Ländern nicht verglichen werden.

Leben die britischen Truppen aus deutschen Vorräten?

Der gesamte Bedarf der Besatzungsarmee wird eingeführt. In den ersten Tagen, die auf die Einstellung der Feindseligkeiten folgten, als die Lage chaotisch und die Zivilverwaltung zusammengebrochen war, gab es in einigen Bezirken einen Überfluß an Früchten und Gemüse, die für den Verbrauch der britischen Truppen zur Verfügung gestellt wurden, da es keine Möglichkeit gab, sie zu konservieren oder in die Städte zu befördern. Sobald die Gefrieranlagen und Transportmöglichkeiten wieder hergestellt waren, wurden Befehle ausgeben, wonach nur dann, wenn der Landkreis-Offizier der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bescheinigte, daß für überschüssige und verderbliche Erzeugnisse keine Transportmittel zur Verfügung stehen, solche Bestände von den britischen Truppen gekauft werden können. Aber sogar dies ist jetzt verboten worden.

Warum können nicht mehr Nahrungsmittel von außerhalb Deutschlands eingeführt werden?

Es besteht eine Weltknappheit an Nahrungsmitteln. Der Krieg hat die Erzeugung und Verteilung von Nahrungsmitteln in der ganzen Welt durcheinander gebracht. Aus dem Fernen Osten kommt kein Reis mehr, so daß die Bedürfnisse Indiens, Burmas und Ceylons soweit als möglich mit Weizen befriedigt werden müssen. In Indien herrscht Hungersnot. Die Lage der früheren Ausfuhrländer zeigt folgendes Bild:

Australien: Die Weizenvorräte wurden zur Bekämpfung der Hungersnot in Bengalen im Jahre 1945 aufgebraucht. Argentinien: Die Reserven von Weizen und Mais wurden verzehrt, weil keine Kohle geliefert werden konnte. Nordafrika: Die Lebensmittel für den eigenen Bedarf müssen jetzt eingeführt werden. Mitteleuropa: Die Weizenproduktion ist von einem Durchschnitt von 24 Mill. Tonnen im Jahre 1935/36 auf 23 Millionen Tonnen im Jahre 1945 gesunken. Dies bedeutet, daß die USA und Kanada allein den wachsenden Bedarf der übrigen Welt außerhalb der Sowjetunion decken müssen. Deutschland hat schon viel erhalten.

Warum ist die Kürzung so plötzlich hereingebrochen?

Es bestand die Hoffnung, daß man die Rationen wenigstens bis zum Ende des Winters, wenn wieder Gärtnerezeugnisse verfügbar werden, aufrechterhalten könnte. Ende Februar wurde es erst gewiß, daß die Weizenlieferungen, die zur Aufrechterhaltung der früheren Rationen bis zum Sommer notwendig gewesen wären, nicht würden beschafft werden können. Der Hauptgrund für diese plötzliche Verschlechterung der Weltversorgungslage für Weizen war das Ausbleiben der Regenfälle in Indien im Dezember und Januar. Hierdurch erhöhte sich Indiens Einfuhrbedarf für 1946 von weniger als einer halben Million Tonnen Weizen auf beinahe zwei Millionen Tonnen. Dadurch mußte für alle Zuteilungen aus den Weizenausfuhren von USA, Kanada, Australien und Argentinien ein neuer Plan aufgestellt werden.

Was wird getan, um die Lage zu meistern?

Die folgenden positiven Schritte sind jetzt unternommen worden: Im März und April werden 71 000 Tonnen Mehl, Gerste, Frischgemüse und Fische aus Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen kommen. Verhandlungen über die Einfuhr von 100 bis 200 000 Fasern Salzhering aus den Fischgründungen von Norwegen sind in gutem Fortschreiten.

Sammlung w

Ein Aufruf der Universität... Die Universitäts-Kriegseinwirkung... 550 000 Bände... und außerdem fast... tragenden Bestand... versität Münster... und ausländischen... klagt auch den V... Jahre 1928 eingeri... scher Autoren“. D... der im Entstehen b... In einem Aufruf... Bibliothek Münster... stützung in ihrer... ker und Schriftstel... daß

1. alle, die früher... oder an einer... ländischen Hoch... Druck erscheine... der Universitäts... 2. alle schriftstell... noch tätigen Au... ihrer noch ver... Zeitungsaufsätze... nen Schriften... werke!) der Un... zwecks Wieder... setzung ihrer „S... ren“ übermittel... Der „Sammlung... sich einer großen... nützung erfreute... teresse entgegenge... alle Veröffentlichu... ein getreues Abbild... schriftstellerischen

Um die

Etwa 70 Vertreter... rungspräsidenten, Lär... leitende Persönlich... Bünde; Lübeck und... Schulreferentenlagu... Detmold erschienen... Eine lebhaft aus... Formen der höheren... len setzte nach den... zen Rheinland und... vorschläge aus den... ten mit Lateinbein... schen Charakter de... anstalten, die Pläne... chenbeginn mit Ein... Heimschuljahr zwis... vor.

Die Geschäftsfüh... tagung der britische... kollegium übertrage... ster a. D. Grimme... Leiter der Kulturar... Hamburg, und dem... here Schulwesen... Schnippenkütter, D...

Kulturwo

Vom 30. März bis... eine Kulturwoche d... Beckum statt, in d... tragen der Beitrag... zur Sprache komm... gram. Künstlerische... kammermusikalische... feierstunde und di... spiele von Franz... woche verbundene... sieht die Gründung... christliche Kunst v... woche wird eine Au... öffnet, an der sich... Münsterland und ge... wie aus dem niede... teiligen.

Zeitschriften

Die Gründung d... Zeitschriften-Verlege... in Düsseldorf vollz... als Aufgabe, am A... Zeitschriftenwesens... mitzuarbeiten. Zu v... den die Verleger W... und Dietrich Oppen...

Zum Thema: Ube

Als Antwort auf d... dieser Stelle vor k... ten wir die Zuschr... denten, der wir u. a.

In einem Brief an... Dr. Reinhard (Mün... neue Universitäten... Spiel der Kräfte mü... rechtigungswesen, s... Universitäts littarar... Student zu diesen D... und dabei nicht ide... lich zu begründen... harten Gegebenheit... ausgeben. Zunächst... wir alle, die wir j... ein großes Gescheh... alle den Besitzungs... tet sind, daß so s... schulen wieder geöf...

Diese nachdrückli... jeder derartigen Erö... nun im einzelnen: B... würde aber jeder, d... können. Das Rezept... dann einmal unterk... Entstehen des akac... ohnehin schon in v... verhöhnt werden so...

Zweifelloos ist es f... studieren darf, sei... tigungswesen“ gibt... endem Studium 10... den Verwendungsm... gens dürften sich di... rade mit dem Ber... haben. Natürlich ist... für die geistigen Qu... für seine Leistungen... Abitur mit „Sehr gu... es ein gerechteres P... Natürlich sind die p... mungen sehr einschr... wohl alle den Wuns... so geführt zu werde... Krieg kommt, und ge... da in irgendwo ge... der „Berechtigung“ n...

Sammlung westfälischer Autoren

Ein Aufruf der Universitäts-Bibliothek Münster

Die Universitäts-Bibliothek Münster, die durch Kriegseinwirkung etwa zwei Drittel ihres rund 550.000 Bände umfassenden Bücherbestandes und außerdem fast ihren über 300.000 Stück betragenden Bestand an Doktorarbeiten der Universität Münster sowie der übrigen deutschen und ausländischen Hochschulen verloren hat, beklagt auch den Verlust fast der gesamten im Jahre 1928 eingerichteten „Sammlung westfälischer Autoren“. Diese Sammlung ist jetzt wieder im Entstehen begriffen.

In einem Aufruf wendet sich die Universitäts-Bibliothek Münster mit der Bitte um Unterstützung in ihrer Aufbauarbeit an die Akademiker und Schriftsteller Westfalens und wünscht, daß

1. alle, die früher an der Universität Münster oder an einer anderen deutschen oder ausländischen Hochschule eine Doktorarbeit im Druck erscheinen ließen, davon je ein Stück der Universitäts-Bibliothek Münster einsenden;
2. alle schriftstellerisch tätig gewesenen und noch tätigen Autoren Westfalens je ein Stück ihrer noch verfügbaren Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze sowie ihrer sonstigen kleinen Schriften (keine Bücher und Romanwerke) der Universitäts-Bibliothek Münster zwecks Wiederaufbau, Ergänzung und Fortsetzung ihrer „Sammlung westfälischer Autoren“ übermitteln.

Der „Sammlung westfälischer Autoren“, die sich einer großen Beliebtheit und eifrigen Benutzung erfreute, muß schon deshalb größtes Interesse entgegengebracht werden, da sie als eine alle Veröffentlichungen umfassende Sammlung ein getreues Abbild des wissenschaftlichen und schriftstellerischen Schaffens in Westfalen ist.

Um die höhere Schule

Etwa 70 Vertreter der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Länder und Städte sowie viele leitende Persönlichkeiten der Militärregierung (Bünde, Lübeck und Iserlohn) waren zu der 8. Schulreferentenkonferenz der britischen Zone in Detmold erschienen.

Eine lebhafte Aussprache über die künftigen Formen der höheren Knaben- und Mädchenschulen setzte nach den Referaten aus den Provinzen Rheinland und Westfalen ein. Die Reformvorschlüsse aus den westlichen Provinzen betonten mit Lateinbeginn in Sexta den humanistischen Charakter der zukünftigen höheren Lehranstalten, die Pläne Hannovers sehen den Sprachbeginn mit Englisch und ein zusätzliches Heimischjahr zwischen Schule und Universität vor.

Die Geschäftsführung der Schulreferentenkonferenz der britischen Zone wurde einem Dreierkollegium übertragen, und zwar dem Staatsminister A. D. Grimme, Hannover, dem Senator und Leiter der Kulturanangelegenheiten Dr. Laadahn, Hamburg, und dem Abteilungsleiter für das höhere Schulwesen der Nordrheinprovinz, Dr. Schnippenkötter, Düsseldorf.

Kulturwoche in Beckum

Ausstellung religiöser Kunst

Vom 30. März bis 7. April findet in Beckum eine Kulturwoche des katholischen Kulturkreises Beckum statt, in der in einer Reihe von Vorträgen der Beitrag des Christentums zur Kultur zur Sprache kommt. Außerdem enthält das Programm künstlerische Veranstaltungen, wie ein kammermusikalisches Konzert, eine Passionsfeierstunde und die Aufführung des Passionspiels von Franz Herwig. Die mit der Kulturwoche verbundene Tagung für christliche Kunst sieht die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für christliche Kunst vor. Zu Beginn der Kulturwoche wird eine Ausstellung religiöser Kunst eröffnet, an der sich über 50 Künstler aus dem Münsterland und den angrenzenden Gebieten sowie aus dem niederrheinischen Kulturkreis beteiligen.

Zeitschriften-Verleger-Verein

Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Zeitschriften-Verleger-Vereins wurde am Freitag in Düsseldorf vollzogen. Der Verein setzt sich als Aufgabe, am Aufbau eines hochstehenden Zeitschriftenwesens in den beiden Provinzen mitzuarbeiten. Zu vorläufigen Vorsitzenden wurden die Verleger Wilhelm Bitter, Recklinghausen, und Dietrich Oppenberg, Düsseldorf, gewählt.

Wer ist wo? / Film- und Theatergrößen kommen wieder

Die Frage, wo sich die ehemaligen Größen des deutschen Films und Theaters aufhalten, ob sie wiederkommen oder aber ob sie politisch so stark belastet sind, daß sie nicht mehr spielen dürfen, beschäftigt heute eine große Zahl von Menschen. Trotz aller Sorgen der augenblicklichen Zeit möchte man wissen, was aus diesen Lieblingen geworden ist. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß fast allabendlich am deutschen Theaterfirmament alte Größen erster wie auch zweiter Ordnung wieder neu aufleuchten. Manche, die endgültig verschwunden schienen, kehren wieder, andere freilich werden nicht mehr erscheinen — Schuld am Schicksal haben sie auf immer ausgelöscht.

Die Rückkehr von Gustav Gründgens zur Bühne — er wird Carl Sternheims „Snob“ in Max Reinhardts Deutschem Theater spielen — ist mehr als nur ein Berliner Ereignis. Es bedeutet ein Symptom der Ermutigung für all diejenigen, die sich große Leistungen vom neuen deutschen Theater erhoffen.

Eine ganze Reihe anderer großer Schauspieler hat ihre Tätigkeit in Berlin wieder aufgenommen. In Max Reinhardts Deutschem Theater spielen Paul Wegener, Gerda Müller und Horst Caspar; im Hebbel-Theater: Walter Frank und Josef Sieber; in der neu eröffneten „Komödie“: Victoria von Ballasko und Lil Dagover; im Steglitzer Schloßpark-Theater: Winnie Markus und Hans Söhrke. Hilde Körber spielt die Sappho, Ingeborg von Kusserow vom Kabarett der Komiker die Eliza in „Pygmalion“. Carl Raddatz und Marianne Hoppe werden demnächst wieder auftreten. Hans Albers, der Unverwundliche von Bühne und Film, wird aus München zurück, bald seine alte Glanzrolle in „Liliom“ spielen.

Zu denen, die nicht mehr wiederkommen, zählen die Opfer des Judenmordes: Otto Wallburg, Kurt Geron, Fritz Grünbaum, Paul Morgan und weiterhin die Opfer der Naziverfolgung, unter ihnen der vortreffliche Charakterdarsteller Joachim Gottschalk, dem die Verfolgung seiner jüdischen Gattin die Waffe in die Hand drückte und der sich, seine Frau und sein Kind von den Nachstellungen in dieser Welt erlöste.

Der Betriebsappell, den der ganz im Nazifahrwasser schwimmende Intendant der Volksbühne, Eugen Klöpfer, zum „Gedächtnis“ des toten Kollegen abhielt, nahm ihm die letzten Sympathien und den Anspruch auf Nachsicht. In der französischen Zone, wo sich Klöpfer versteckt hielt, wurde er jetzt entdeckt und in Haft genommen. Sein Schicksal teilen Heinrich George, Werner Kraus u. a. Manche mehr oder minder schwer belastete genießen ihre Freiheit in stiller Zurückgezogenheit, wie der in den letzten Jahren des Dritten Reiches allzu heftig gefeierte Münchener Intendant Otto Falkenberg.

Emil Jannings hat jetzt seine zwölf Jahre lang getratene und in Rußland geborene jüdische Großmutter enthielt. Bedauerlich ist nur, daß man sich noch allzu gut eines Fotos erinnert, das ihn bei einem Spaziergang auf dem Obersalzberg im Gespräch mit seinem Führer zeigt. Er sollte eigentlich wissen, daß die Kunst der Maskierung nur auf die Bühne gehört.

Friedrich KayBler, Harald Paulsen, Oskar Sima,

Hans Brausewetter und Harry Liedtke fanden in den Tagen des Kampfes um Berlin den Tod. Brigitte Horney, die in einem Schweizer Sanatorium Wiederherstellung ihrer Gesundheit suchte, starb vor wenigen Tagen. Tragisch war auch die Heimkehr Gustav Hartungs aus der Schweiz. Zum Theaterintendanten von Heidelberg berufen, erlag er dort vor der ersten Inszenierung einem Herzschlag.

Viele aus der freiwilligen oder unfreiwilligen Emigration kommen wieder. Ernst Deutsch und Albert Bassermann haben aus Hollywood ihre Rückkehr nach Berlin zugesagt. Diejenigen jedoch, die im Ausland bleiben, sind meist dem Film eng verpflichtet, wie Elisabeth Bergner, die mehrfach Tolstoj und Ungewissene, Heinz Hilpert, der aus der Schweiz zurück und übernahm die Leitung des Hamburger Schauspielhauses.

Veit Harlan, von dem man noch nicht weiß, ob seine Intimität mit dem Filmschirmherrn des Dritten Reiches als vergessen und vergeben gilt, Ilse Werner, Helmut Käutner, Werner Hinz, Matthias Wiemann, Hilde Krah, Wolfgang Liebeneiner, Elisabeth Lennarth, Alice Treff, Ursula Grabley, sie alle produzieren Kunst und sich selbst auf den Hamburger Bühnen oder sind von dort auf Tournee gegangen.

Viele spielen fern von ihren heimlichen Brettern, wie Elisabeth Flickenschildt und Anna Dammann in Tübingen, Claire Waldoff, die Urberlinerin (Hermann heißt er) in München, wie auch Axel von Ambesser, Maria Koppenhöfer, Will Dohm, Erich Engel, Helmut Krüger und Werner Finck, dessen Mut und Witz der Reichspropagandaminister fürchtete, einst im Kabarett der Komiker an der Spree, jetzt im „Schmunzelkolleg“ an der Isar. Lola Mühlthel und Johannes Riemann spielen im gleichen Ensemble am Bodensee. Paul Kemp und Siegfried Breuer gastieren in steyrischen Städten. Käthe Dorsch hat es nach Wien verschlagen.

An der Donau ist auch schon der Film zu neuem Leben erwacht. In den Ateliers am Rosenhügel arbeiten Marthe Harrell, Ewald Balser, Paul Hörbiger und Willi Forst.

Einst begeisterte der große Talma die Pariser während der Schrecken der Französischen Revolution, und sein Ruhm überdauerte den Napoleon. Auch heutzutage haben die großen und kleinen Akteure auf der Bühne des schönen Scheins einen festeren Boden unter den Füßen als die auf der Bühne der Politik.

Kurze Kulturchronik

Am 1. April 1946, um 20 Uhr, sendet der Nordwestdeutsche Rundfunk den „Urfaust“ von Johann Wolfgang von Goethe in folgender Besetzung: Faust: Werner Hinz, Mephistopheles: Erwin Linder, Gretchen: Dagmar Altrichter, Marthe Schwerdtlein: Fita Bankhoff, Wagner: Wilhelm Korten, Erdgeist: Fritz Wagner, Valentin: Gus' av Knuth, Student: Helmut Krüger, Lieschen: Marianne Kehlau, Regie: Ludwig Cremer.

Die Stuppacher Madonna von Matthias Grünewald ist am vergangenen Sonntag an ihren alten Platz in der katholischen Kirche in Stuppach durch die Kunstabteilung der Militärregierung zurückgebracht worden. Während des Krieges wurde das kostbare Gemälde in das Kochendorfer Salzbergwerk gebracht, wo es mit anderen Kunstwerken von den amerikanischen Truppen aufgefunden wurde.

Den Ruf an die Stuttgarter Kunstakademie nimmt Prof. Willy Baumeister an, der bis 1933 an der Akademie in Frankfurt (Main) tätig war und dem unter dem Naziregime die Lehr- und Kunsttätigkeit untersagt worden war.

Zwei Kunstausstellungen über moderne christliche Kunst und junge religiöse Kunst werden in nächster Zeit in Berlin stattfinden. Die Ausstellung moderner christlicher Kunst wird unter dem Leitgedanken „Gestaltetes Evangelium“ vom 20. bis zum 30. Juni in Berlin-Zehlendorf, vom 25. bis 28. April in den Ausstellungsräumen in der Yorckstraße zu sehen sein. Die „Bach-Festwochen“, die vom 32. März bis 19. April in Leipzig durchgeführt werden, bringen in

20 Veranstaltungen die bedeutendsten Werke Johann Sebastian Bachs zur Aufführung.

Die „Vestische Bühne“ Herten in Westfalen, Direktion Carlo Bordin und Hellmut Haug, eröffnet am 29. März 1946 ihr ständiges Theater in Herten mit der Operette „Die lustige Witwe“. Neben der Operette, die unter anderem Werke von Strauß, Nedbal, Fall, Künneke, Jeßi, Benatzki u. a. zur Aufführung bringt, wird ein neu gegründetes Schauspiel der „Vestischen Bühne“ Herten mit Werken von Shakespeare, Schönderr, Hopwood und Ivers an die Öffentlichkeit treten.

„Die Brücke“ oder „The bridge“ ist der Titel der ersten Monatszeitschrift in deutscher und englischer Sprache, die jetzt Dr. Heinz Waldrück im Köllen-Verlag in Bonn herausgibt. Die Zeitschrift will die räumliche Kluft, die zwischen Deutschland und der übrigen Welt besteht, will diese Zeitschrift überbrücken. Es wird zu diesem Zweck, um dem deutschen Leser ein anschauliches Bild von den britischen Verhältnissen zu geben, englische Aufsätze im Originaltext und daneben möglichst sinngerechte deutsche Übersetzungen vorgehen.

Der bekannte Verlag Reclam erhielt von der sowjetischen Besatzungsbehörde die Lizenz, seine alte Verlagsstätigkeit wieder aufzunehmen, die bekanntlich durch billige Ausgaben von Werken der Weltliteratur einen sehr beachtlichen Platz in der deutschen Buchproduktion hatte.

Der bedeutende Anatom Professor Dr. Wassermann, der zur Zeit in Chicago lehrt, wurde vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingeladen, als Ordinarius der medizinischen Fakultät nach München zurückzukehren.

Reich der Frau

Möbel, die verlagert waren

Sehr viele Menschen hatten einen großen Teil ihrer Möbel während des Krieges verlagert. So sind sie ihnen häufig erhalten geblieben, wenn sie infolge unsachgemäßer Lagerung auch vielfach gelitten haben. Schimmelflecke aufweisen oder vom Holzwurm befallen sind.

Was macht man da? Zuerst die Schimmelflecke: Nehmen wir einen Leinenlappen, tauchen ihn in eine Lösung von lauwarmem Spiritus oder Essig und reiben damit den Schimmel fort. Trocknen wir sorgfältig nach und polieren mit einem Wolltuch.

Der Holzwurm ist ein ernsthafteres Übel. Man erkennt ihn an dem feinen Holzstaub, den man unter dem Möbelstück findet und vor allem an den kleinen Löchern im Holz. Wir versuchen, die Löcher mit flüssigem Naphthalin auszuwaschen oder mit Benzin, Terpentin oder Petroleum auszuspritzen. Das ist eine sehr langweilige und zeitraubende Arbeit, zumal da wir jedes kleine Loch sorgfältig auswaschen müssen. Wir können auch die Löcher mit Wachs oder hartem Paraffin verschließen oder die ganzen Möbel mit Öl oder Paraffin einreiben, um den Würmern die Luft zu entziehen. Wenn das vom Holzwurm befallene Möbelstück klein genug ist, so können wir es in den Backofen stellen; denn trockene Hitze ist eines der einfachsten und sichersten Mittel, die Brut zu zerstören.

Allen unsern Möbeln, die wir jetzt aus dem Verlagerungsort zurückgeholt haben, wird eine gründliche Behandlung mit einer Poliercreme gut tun. Ein Restchen guter Schuhcreme oder Bohnerwachs tut denselben Dienst. Wir können uns eine Poliermischung selbst herstellen, wenn wir noch zwei Teile Leinöl, zwei Teile Terpentinöl und einen Teil Essig besitzen. Gießen wir die Lösung auf einen Wattebausch, den wir mit einem Leinenlappen umhüllen. Dann tragen wir ganz dünn das Poliermittel auf und reiben mit einem trockenen Leinentuch nach.

Wenn die Möbel von den Witterungseinflüssen, dem Lagern in ungeheizten Räumen und dem Transport unansehnlich, fleckig und spröde geworden sind, statuen wir sie zuerst gründlich ab, am besten mit einem lauwarmen, wenig feuchten Leder und trocknen sie mit einem Leinentuch nach. Dann tragen wir gleichmäßig dünn und immer im Verlauf der Holzmaserung die Poliercreme auf. Lassen wir sie gut einziehen und reiben wir mit einem sauberen Tuch nach. Unsere Möbel werden dann wieder den matten Glanz zeigen, der die Holzart und die Maserung erst richtig zur Geltung kommen läßt.

Mattgewordene Politur läßt sich wieder auffrischen, wenn wir die Möbel mit Petroleum oder einem Brei aus Kartoffelmehl und Olivenöl abreiben. Größere Flecke bestreuen wir mit feuchtem Salz, reiben die damit behandelte Stelle mit einem Wolltuch gut trocken und frischen den Glanz durch Reiben mit einem Kork wieder auf.

Möbel sind heute solch ein kostbares Gut, daß wir immer gut daran tun, bei ernsthaften Schäden zuerst einen Fachmann um Rat zu fragen, ehe wir voreilig daran gehen, mit ungeeigneten Mitteln die Schäden zu bessern. Kann der Fachmann im Augenblick die notwendigen Reparaturen und Aufrichtungen noch nicht ausführen, weil ihm die nötigen Beizen, Farben oder Lacke fehlen, so gedulden wir uns lieber, als daß wir selbst unser Glück versuchen und vielleicht den Schaden noch vergrößern.

Hefe immer frisch

Es ist nicht leicht, immer dann Hefe zu bekommen, wenn wir sie gerade brauchen, besonders, wenn man weit vom Bäcker wohnt und nicht täglich nachfragen kann, ob Hefe verlässlich ist. Mit einem einfachen Mittel können wir aber die gekaufte Hefe viele Tage hindurch frisch und voll gebrauchsfähig erhalten. Nehmen wir eine Kaffeetasse und drücken die Hefe fest hinein. Wir gießen dann etwas Wasser in die Unterfasse und stülpen die Kaffeetasse mit der Hefe so in die mit Wasser gefüllte Unterfasse, daß der Rand der Tasse im Wasser steht. Die Hefe wird dann an einem kühlen Ort aufgestellt. Wenn wir das Wasser alle drei Tage erneuern, haben wir zwei Wochen hindurch immer frische Hefe im Haus und können immer dann backen, wenn unvermutet Besuch kommt, gerade Zeit zum Backen ist und vor allen Dingen, wenn unsere Rationen es gestatten.

Briefe an die NWZ

Zum Thema: Überfüllung der Universitäten

Als Antwort auf die Ausführungen, die wir an dieser Stelle vor kurzem veröffentlichten, erhielten wir die Zuschrift eines münsterischen Studenten, der wir u. a. folgendes entnahmen:

In einem Brief an die NWZ (22. 3. 46) stellte Dr. Reinhard (Münster) fest, es müßten heute neue Universitäten gegründet werden, das freie Spiel der Kräfte müsse entscheiden und das Berechtigtwerden sei dem Geiste einer wahren Universitätsliteratur fremd. Ich möchte als Student zu diesen Darlegungen Stellung nehmen und dabei nicht ideale Vorstellungen geschichtlich zu begründen versuchen, sondern von den harten Gegebenheiten einer überaus harten Zeit ausgehen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß wir alle, die wir jetzt studieren dürfen, das als ein großes Geschenk empfinden und daß wir alle den Besitzern dieser Plätze zu Dank verpflichtet sind, daß so schnell die deutschen Hochschulen wieder geöffnet worden sind.

Diese nachdrückliche Feststellung hat heute jeder derartigen Erörterung vorauszugehen. Und nun im einzelnen: Beim „freien Spiel der Kräfte“ würde aber jeder, der studieren will, studieren können. Das Rezept, wo die vielen Akademiker dann einmal unterkommen sollen, d. h. wie das Entstehen des akademischen Proletariats, das ohnehin schon in vielen Fachrichtungen droht, verhütet werden soll, gibt Dr. Reinhard nicht.

Zweifelloso ist es für den großen Teil, der nicht studieren darf, sehr bitter, daß es ein „Berechtigtes“ gibt, bitterer aber ist, nach vollendetem Studium 10–20 Jahre nach dem passenden Verwendungsmöglichkeit zu suchen. Übrigens dürften sich die entscheidenden Stellen gerade mit dem Berechtigtwesen beschäftigt haben. Natürlich ist es kein absoluter Maßstab für die geistigen Qualitäten eines Menschen und für seine Leistungen im späteren Leben, ob er sein Abitur mit „Sehr gut“ bestanden hat; aber gibt es ein gerechteres Prinzip als das der Leistung? Natürlich sind die politischen Zulassungsbestimmungen sehr einschneidend, aber wir haben doch wohl alle den Wunsch, in Zukunft nicht wieder so geführt zu werden, daß es wieder zu einem Krieg kommt und irgendwelche Grenzen müssen da ja irgendwo gezogen werden. Einen Punkt der „Berechtigung“ muß ich noch behandeln, der

wirklich für viele Begabte sehr bitter ist, das ist der Punkt, daß das Studium bei den schwierigen Lebensbedingungen heute mehr denn je an vorhandene Geldmittel gebunden ist. Selbstverständlich müssen wir in aller kürzester Zeit dahin kommen, daß das Studium nur von den geistigen Qualitäten und nicht vom Geldbeutel abhängig ist. Aber auch gerade hier tut u. B. die Westfälische Landesuniversität alles irgendwie Mögliche. Es kann sicherlich nicht mehr verlangt werden, als daß der Dekan einer Fakultät persönlich bei den in Frage kommenden Persönlichkeiten und Stellen um Mittel für seine minderbemittelten Studenten bittet.

Abgesehen von den verheerenden Folgen für die Akademiker selbst ist betreffs der Neugründung von Universitäten aber auch noch zu bedenken, daß unsere Lage heute viel bitterer ist als 1810 und 1910.

Den einzigen Sinn Ihrer Darlegungen, Herr Dr. Reinhard, könnte ich darin erblicken — aber davon sprechen Sie gar nicht! — daß Sie wünschen, daß einzig und allein die Leistung bei der Zulassung zum Studium entscheiden möge und in keiner Weise das Geld, damit auch dem ärmsten Sohn unseres Volkes bei vorhandenen Geistesgaben der Weg zur Universität frei ist, d. h. daß auch sein Unterhalt während seiner Studienzeit gewährleistet ist.

Ich glaube, daß das in nicht allzu ferner Zeit der Fall sein wird.

Herbert Schmidt, Münster.

Was würden Sie wohl da tun?

Tag für Tag kommen Hunderte von Menschen aus dem Industriegebiet, um sich hier im Münsterland einige Lebensmittel zu holen. Die große Zahl dieser Leute bietet die unmöglichsten Dinge zum Tausch an. So kommen auch täglich fast 20 Menschen auf den Hof des Bauern, dessen Besitzer ich kenne. Jeder von ihnen bittet um ein Butterbrot oder um etwas Mittagessen. Oft bekommen sie es, aber ebenso oft wird es ihnen auch abgeschlagen.

Was sind das für sture Bauern hier, aber die haben ja noch alles! Das ist die übliche Antwort, die man bekommt. Sind die Bauern denn wirklich so stur? Nein, ganz und gar nicht, aber bedenken Sie folgendes, lieber Leser: Wenn zwanzig Menschen pro Tag kommen, und oft

sind es viel mehr, und jeder ein oder zwei belegte Butterbrote bekäme, dann bräuhete der Bauer Tag für Tag mindestens ein bis zwei Brote, ein Pfund Wurst lediglich zum Verteilen. Und das geht dann beim besten Willen doch nicht.

Und wenn seit Beginn der Warmwetterperiode immer mehr Menschen aus dem Ruhrgebiet kommen, so ist das ganz verständlich. Zum Vergnügen macht sich keiner den Weg ins Münsterland. Aber es kommen da auch Leute, die unter Gewaltanwendung mitten in der Nacht den Bauern zwingen, die gesamten Eßvorräte herauszugeben, sie sogar mit Gewalt in die Keller einsperren und dann alles plündern. Diese „Gewalt-Hamster-Trupps“, die sogar bis zu 15 Personen kommen, haben zur Folge, daß alle die, die nach ihnen kommen und um etwas Essen bitten, das Herz des Bauern verhärtet finden. Druck erzeugt Gegendruck. Horst Riga, Telgte.

Aufklärung über den Suchdienst

Auf den in Nr. 68 der NWZ vom 5. Februar erschienenen Artikel des Herrn W. Mett (Rheine), „Nachmal's Vorschläge für die Vermögenssuchzentrale“, gibt das Deutsche Rote Kreuz folgende Richtigstellung und Aufklärung:

Der Suchdienst nach Zivilpersonen und entlassenen Wehrmachtsangehörigen wird ausschließlich durch die gebildete Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrts-Spitzenverbände, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz und Evgli. Hilfswerk, durchgeführt.

Allen Privat-Suchdienststellen ist die Ausübung weiterer Tätigkeit untersagt und deren Material der Arbeitsgemeinschaft zugeführt worden. Nur durch diese von jeder angestrebte und geschaffene einheitliche Regelung und Ausdehnung des Suchdienstes über die von den Alliierten besetzten Gebiete Deutschlands ist Gewähr dafür gegeben, daß die Suchenden in jedem Falle gefunden werden, wobei Voraussetzung ist, daß jeder Suchende auf dem vorgeschriebenen Vordruck einen Suchantrag stellt. Die sich so ergebenden Ermittlungen werden dem Antragsteller direkt mitgeteilt, womit sich der umständlichere Weg der Verständigung durch Zeitung, Plakate u. dergl. erübrigt.

Die Erfolge sprechen dafür, daß nicht so verfahren wird, wie der Artikelschreiber es gern wahrhaben möchte. Nur eine Zahlenangabe mag hierfür genügen. Täglich werden durch den Suchdienst rd. 5000 Personen wieder zusammengeführt. Kosten in der Höhe, wie Herr Mett sie

anföhrt, können nur von privaten Unternehmen erhoben worden sein, die aus der Not des Volkes ein Geschäft machen wollten. Das Deutsche Rote Kreuz legt schärfste Verwahrung ein gegen die von Herrn Mett fälschlich gemachten Darstellungen, wonach die unmöglichen Beträge abverlangt werden. Er sagt wörtlich: „2–3 RM. sind geringe Beträge, vielfach werden 5, 10, sogar 25 und 30 RM. abverlangt.“ Es ist deshalb notwendig, in der Öffentlichkeit bekannt zu geben, daß Tausende von Anträgen ohne den geringsten Unkostenbeitrag schon vom Deutschen Roten Kreuz bzw. von der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen und bearbeitet worden sind. Erst jetzt ist nach Mitteilung der Militärregierung vom 6. 2. 1946 lediglich zur Bestreitung der Porto- und Verwaltungskosten die Zahlung einer Spende von einer Reichsmark als notwendig erachtet. Jedoch wird hiervon die Bearbeitung des Antrages nicht abhängig gemacht. Die Aufnahmestellen des noch allein genehmigten Suchdienstes sind die Dienststellen des Deutschen Roten Kreuzes, die Pfarrämter der evgl. Kirche und die örtlichen Dienststellen des Hilfswerkes der Evgli. Kirche in Deutschland und die Pfarrämter der Kath. Kirche und die Dienststellen des Caritasverbandes.

Ratsuchende werden gebeten, sich bei der Suche nach vermissten Angehörigen an die vorstehend näher bezeichneten Dienststellen und Einrichtungen der Arbeitsgemeinschaft zu wenden.

Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Westfalen.

„Mit dem Hute in der Hand...“

Wenn man heute durch die Straßen einer Stadt geht, sieht man immer wieder, daß einige Männer noch immer nicht zu den alten guten Gewohnheiten zurückgefunden haben, den Hut bei einer Begrüßung vom Kopfe zu nehmen. Viel mehr kann man beobachten, daß sie den Hut nicht einmal dann lüften, wenn sie selbst durch Abnehmen des Hutes begrüßt werden. Viele werden mir nun antworten, daß es in der augenblicklichen schweren Zeit nicht angebracht ist, auf solche kleinen Außerlichkeiten zu achten. Demen möchte ich sagen, daß man auch Kleinigkeiten nicht außer Acht lassen sollte. Höflichkeit hat nichts mit Kriecherei zu tun.

Wilfried Schoppmann, Herten.

(Die in der NWZ veröffentlichten Briefe geben der Leserschaft die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung; ohne daß die Schriftleitung sich mit Inhalt und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

Nazi-Diplomatie im „Auswärtigen Amt“

(Fortsetzung von Seite 1)

seinem Dienst hatte, und wußten Sie nicht, daß er in Holland jede Schleuse und jede Eisenbahnbrücke hatte auskundschaften lassen?

Der Ankläger las sodann aus einem Jahrbuch der AO einen Aufsatz des norwegischen Landesgruppenleiters über die Tätigkeit der Organisation vor: „Am 9. April stellte sich dann der Erfolg unserer heimlichen Arbeit in Norwegen heraus“. Weiter heißt es in dem Aufsatz, die Mitglieder der AO hätten vor diesem Datum sich „gefährliche Aufgaben“ zu erfüllen gehabt.

Er hat „nichts davon gewußt“

Bohle entgegnete dem Ankläger: „Ich kann leider nichts darüber sagen, weil ich nichts davon weiß.“

Das Tagebuch des Landesgruppenleiters in Griechenland sowie ein Befehl des Landesgruppenleiters in Rumänien wurden verlesen, und der Ankläger folgte aus ihnen, daß auch in Griechenland und Rumänien die AO sich als Spionagenzentrale betätigt habe.

Ankläger: „Welche Stellung hatte denn in Ihrem Amt Herr Hauptmann Schnauz?“

Bohle, schlicht verwirrt: „Schnauz — das war doch gar kein Hauptmann, das war ein früherer Feldwebel, der einen Rang in der SS hatte.“

Ankläger: „Streiten wir uns nicht um den Titel, Herr Zeuge. Was es die Aufgabe von Herrn Schnauz, die Verbindung zwischen der Auslandsorganisation und der militärischen Abwehr zu halten?“

Dies gab Bohle nach nochmaligen Zögern schließlich zu, betonte aber noch einmal, Schnauz sei kein Offizier gewesen.

Ankläger: „Schnauz hat das genügt mir.“

Nach nochmaliger Zusammenfassung der wichtigen Vorfälle in seiner Organisation, von denen er angegeben hatte, nichts gewußt oder von ihnen erst später erfahren zu haben, fragte der Ankläger abschließend: „Aber Sie bleiben dabei, daß Sie noch immer für alles die Verantwortung übernehmen?“

Bohle: „Aber selbstverständlich.“

Nürnberg und Versailler Vertrag

Nürnberg, 26. März. Kurz nachdem am 90. Verhandlungstag des Nürnberger Prozesses der Angeklagte Ribbentrop, dem Beispiel von Heß folgend, durch seinen Verteidiger bekanntgegeben hatte, daß er nicht im Zeugnisstand aussagen werde, und zwar weil eine nervöse Störung ihn am Sprechen hindere, gab Hauptankläger Jackson bekannt, eine Untersuchung Ribbentrops durch amerikanische Militärärzte habe ergeben, daß Ribbentrop sehr wohl sprechen könne. Er sei nur „nervös und ängstlich“.

Den Erklärungen der beiden Verteidiger, Dr. Seidel und Dr. Horn, daß ihre Mandanten auf die Aussage verzichten, ging eine lange Debatte zwischen Anklagebehörde und Verteidigung voraus. Es ging um die Frage der Zulassung von Beweismitteln über den Versailler Vertrag, die das Gericht schließlich dahin entschied, daß keine Argumente für die Behauptung zugelassen werden würden, daß der Versailler Vertrag ungerecht gewesen und unter Zwang abgeschlossen worden sei.

Dr. Horn begann mit der Verlesung einer Erklärung seines Mandanten Ribbentrop, in der es hieß: „Als Reichsaussenminister hatte ich die außenpolitischen Richtlinien und Weisungen Adolf Hitlers durchzuführen. Für die hierbei vorgenommenen politischen Handlungen übernehme ich die volle Verantwortung.“

Schließlich erklärte Dr. Horn, daß sein Mandant seit einiger Zeit an Sprachstörungen leide und daher wahrscheinlich nicht in der Lage sein werde, selbst Aussagen zu machen. Er selber trage jetzt das vor, was Ribbentrop als Antwort auf die Anklage vorzubringen wünsche. Man könne sich dann vielleicht mit Rücksicht auf die Sprachstörungen seines Mandanten darauf beschränken, ihn später kurz in den Zeugnisstand zu rufen, um dort unter Eid die Ausführungen seines Verteidigers zu bestätigen.

Der Vorsitzende lehnte es ab, diesem Kurs zu folgen und erklärte, Ribbentrop könne ja seine eigene Aussage zu einem späteren Zeitpunkt machen, falls seine Sprachstörungen bis dahin behoben seien. „Sie können hier nicht als Zeuge in Sachen ihres Mandanten auftreten“, sagte Lord Justice Lawrence.

Jeder machte in Außenpolitik

Baron von Steengracht, Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1933 an, der als erster Zeuge zum Fall Ribbentrop vernommen wurde, sagte aus, daß es im Dritten Reich eine Außenpolitik im traditionellen Sinne überhaupt nicht gegeben habe. Ribbentrop habe einmal zu ihm geäußert: „Der Führer braucht gar keinen Außenminister, was er haben will, ist ein außenpolitischer Sekretär“. Der Außenminister habe hinzugefügt, er möchte sehr gerne dieser Sekretär sein, weil dann seine Anordnungen wenigstens durch eine Autorität gedeckt würden. Denn in der Frage der deutschen Außenpolitik, so sagte der Zeuge,

hätte im Dritten Reich nicht nur das Auswärtige Amt gewirkt, sondern die Partei selber und fast jede ihrer Gliederungen. Die Hitler-Jugend, die SA, die SS, die Dienststelle Rosenberg, der Arbeitsdienst, die nordische Gesellschaft, ja sogar die Reichsbahn habe ihre eigene Außenpolitik durch ihre Funktionäre betrieben.

Die Berichte der berufsmäßigen Diplomaten habe Hitler kaum oder nie zur Kenntnis genommen, die Berichte unkontrollierbarer Agenten, die im Auftrage Goebbels, Himmlers und Bormanns arbeiteten, aber immer.

„Verträge sind kindisch“

Ein Diplomat habe nämlich, nach der Ansicht Hitlers, nur die Charaktereigenschaften: Schlappheit, den Staat schädigend und defätistisch gehabt.

„Diplomatie ist Völkerbetrug. Verträge sind kindisch, die müssen nur solange gehalten werden, wie die Partner sie als zweckdienlich ansehen.“ Mit dieser Äußerung Hitlers faßte der Zeuge Hitlers Gesamteinstellung zu allen Fragen der Diplomatie zusammen.

Die Frage des Verteidigers: „Halten Sie Ribbentrop für einen typischen Nazi oder nicht?“ verneinte Baron Steengracht. Ribbentrop habe die Lehren und Doktrinen der Partei kaum gekannt. Zu Hitler allerdings habe er im Verhältnis soldatischen Gehorsams gestanden, und er habe oft beobachtet, daß er zu Hitler ein hypnotisches Abhängigkeitsgefühl gehabt habe.

Ein Einfluß des Auswärtigen Amtes auf Hitler habe eigentlich nicht bestanden. Für einen Zeitraum von zwei Jahren konnte er sich nicht daran erinnern, daß eine einzige Vorlage, die das Auswärtige Amt bei Hitler gemacht habe, dessen Zustimmung gefunden habe. Riet das Auswärtige

Amt zur Milde, so sagte der Zeuge, so habe Hitler zum Gegenteil geäußert: Mißtrauen sei der Grundzug im Charakter Hitlers gewesen, und ein Mensch, der überhaupt irgendwann einmal in irgendeiner Sache zur Milde geraten habe, müßte bei ihm sein Gesicht so verlieren, daß er in Zukunft unmöglich war.

Daß die Genfer Konvention nicht gekündigt, daß das schwer hungernde Griechenland mit Nahrungsmitteln versorgt und daß die Währungsfragen in Frankreich und Belgien einigermaßen gehalten worden seien, das alles sei den Männern zu verdanken, die obwohl sie die Meinungen Hitlers nicht teilten, im Auswärtigen Amt verblieben seien, wie auch Ribbentrop.

Ribbentrop habe auch die Erschießung von 10 000 englischen und amerikanischen Kriegsgefangenen verhindert, die Hitler auf Anraten von Goebbels nach dem Luftangriff auf Dresden ursprünglich angeordnet hatte.

Wie gering der Einfluß des Auswärtigen Amtes gewesen sei, ginge aus folgendem Beispiel hervor: Als Ribbentrop von der Absicht Hitlers hörte, Rußland anzugreifen, habe er seine gesamte Experten aufgebieten, um Hitler diese Idee auszureden. Sie wurden gar nicht vorgelassen. Lediglich der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Schulenburg, der aber auch nicht zu Worte kam, vielmehr mußte sich Schulenburg einen Vortrag Hitlers von 20 Minuten Dauer anhören und wurde dann wieder weggeschickt, ohne seine eigene Meinung sagen zu können.

Es sei richtig, gab der Zeuge auf Befragen zu, daß Ribbentrop von Kontroversen mit Hitler zurückkommend, seinen Untergebenen die Meinung des Führers mit „besonderer Vehemenz“ vorgebracht habe.

Ein Schreibtisch voll von Protesten

Nürnberg, 27. März. „Ribbentrop besitzt kein Anstandsgefühl und kein Wahrheitsgefühl, so etwas gibt es bei ihm nicht“, diese Worte, die der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Steengracht, im vorigen Jahr über seinen früheren Chef geäußert hatte, wurden ihm vom amerikanischen Anklagevertreter vorgehalten.

Der Ankläger hielt dem Zeugen einen Erlaß Ribbentrops vor, der den deutschen Geschäftsträger in Paris, Abetz, anwies, die geheime Staatspolizei und die Feldpolizei bei der Beschlagnahme des Eigentums der Juden zu beraten.

Der Ankläger wies Steengracht nach, daß ein Briefwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt über die Verschickung von 10 000 rumänischen Juden in KZ-Lager zum Zwecke ihrer Vernichtung vorliege. Weiter verlas der Ankläger dem Zeugen eine eigene frühere Aussage Ribbentrops, daß er „einen ganzen Schreibtisch voll von Protesten des Vatikans über die Verfolgungen der Geistlichen und ihre Verschickung in die KZ-Lager“ gehabt hätte.

Zu einer besonders dramatischen Szene kam es, als der Ankläger den Zeugen über die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes bei der Planung eines anti-jüdischen Weltkongresses befragte. Sehr erregt erklärte Steengracht, das Auswärtige Amt und Ribbentrop hätten sich hier hineingemischt, um in Wirklichkeit das Zustandekommen des Kongresses zu sabotieren.

Göring kein „typischer Nazi“

Im weiteren Verlauf der Vernehmung Steengrachts fragte der amerikanische Ankläger den Zeugen, welchen der Angeklagten er denn für einen „typischen Nazi“ halte.



Göring während einer abendlichen Beratung mit seinem Verteidiger im Nürnberger Justizpalast

Gegen Lebensmittelbeschaffung aus besetzten Ländern

Atlantic City, 27. März. Der UNRRA-Rat, der zur Zeit in Atlantic City die Welternährungslage erörtert, führte eine Abstimmung durch, bei der sich 25 Nationen für den Vorschlag aussprachen, daß die Besatzungsmächte aus eigenen Mitteln und nicht von den Ländern leben sollten, in denen ihre Truppen stationiert sind. Gegen den Vorschlag wurde keine Stimme abgegeben. Der Vertreter Sowjetrußlands und Delegierte verschiedener anderer Länder, die unter sowjetrussischem Einfluß stehen, enthielten sich jedoch der Stimme.

Kritik an russischen Landrequisitionen

London, 26. März. Auf der Konferenz der UNRRA in Atlantic City verließ, wie Radio London meldet, der Delegierte der Sowjetunion den Saal, als der amerikanische Delegierte die Requisition österreichischer Ackerlandes für die Versorgung der russischen Truppen kritisierte. Der amerikanische Delegierte machte den Vorschlag, die UNRRA solle keine weiteren Lieferungen senden, um den durch die Requisition entstandenen Abgang an Lebensmitteln wettzumachen. Er erklärte, die Sowjetrussen hätten genug österreichischen Ackerlandes requiriert, um damit Brot und Mehl für 250 000 Personen zu beschaffen.

Der „Times“-Korrespondent meldet hierzu: Der britische Delegierte unterstützte den amerikanischen Vorschlag. Er bezeichnete die Lage Österreichs als eine der ernstesten in Europa und fügte hinzu: „Wir sind gekommen, um diese Länder zu befreien und nicht, um von ihren Vorräten zu leben.“

Getreidevorräte 11 Millionen t

Rom, 26. März. Eine Erklärung, daß die nächsten 120 Tage darüber entscheiden, ob 600 000 000 Menschen in 19 verschiedenen Ländern hungern werden, gab Herbert Hoover in Rom ab.

Der gegenwärtigen Weltgetreidevorrat schätzt Hoover auf 11 Millionen Tonnen, denen eine Nachfrage von 20 Millionen Tonnen gegenübersteht.

Der frühere amerikanische Präsident wird auf seiner Reise zur Untersuchung der Weltlebensmittellage im Anschluß an einen Besuch in Genf nach Prag und Warschau weiterfliegen und sich von dort aus nach Dänemark, Holland und Westeuropa begeben.

Londoner Besprechungen zur europäischen Ernährungslage

London, 27. März. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister von 27 Nationen sind zu Besprechungen über die Ernährungslage in Europa nach London eingeladen. Zum erstenmal seit 1937 werden auch Vertreter ehemaliger Kriegsgegner der Alliierten an einer internationalen Konferenz teilnehmen.

Außer Großbritannien, den USA, Sowjetrußland, Frankreich und allen kleineren europäischen Alliierten werden als neutrale Länder Schweden, die Schweiz, Portugal und Irland an den vierjährigen Besprechungen teilnehmen. Von den ehemaligen Feindländern der Alliierten sind Finnland, Ungarn, Italien, Rumänien, Österreich und die Kontrollräte für Deutschland und Bulgarien eingeladen.

Tatsachen über die Ernährungslage

Hamburg, 26. März. Das Ernährungsproblem kann nur durch ein Höchstmaß an Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und den britischen Behörden gelöst werden. Zusammenarbeit kann nur auf der Grundlage vollständiger gegenseitigen Verständens erreicht werden. Die nachfolgenden Tatsachen und Ziffern sollen zu diesem Verständnis beitragen.

Ist die Rationskürzung Teil einer wohlüberlegten Politik gegen das deutsche Volk?

Die einfachste Antwort auf diese Frage gehen die Zahlen der Nahrungsmittel, die vom 1. Juni 1945 bis zum 28. Februar 1946 in die britische Zone eingeführt wurden. Weizen: 618 665 Tonnen aus Großbritannien, Kanada und den USA, Mehl: 8772 Tonnen aus Großbritannien, Kanada und den USA, Gerste: 88 844 Tonnen aus Großbritannien, Kanada und den USA, Kartoffeln: 54 000 Tonnen aus Großbritannien, Fische: 48 000 Tonnen aus Norwegen.

Diese Gesamteinfuhr von etwa 845 000 Tonnen Nahrungsmitteln in neun Monaten erfolgte in Erfüllung des von Winston Churchill in früherer Zeit gegebenen Versprechens: „Wir können und wollen im voraus eine schnelle Lieferung von Nahrungsmitteln in alle Teile der vertriebenen Gebiete vorbereiten.“ einschließlich, ich sage dies ausdrücklich, des deutschen und des österreichischen Volkes.

Mehr als 50 Prozent der Brotration in den letzten neun Monaten wurden aus diesen Einfuhren von Weizen und Mehl bestritten. Und dies geschah in einer Zeit der Weltknappheit von Nahrungsmitteln.

Warum besteht eine Knappheit?

Die Nahrungsmittelknappheit ist zu einem großen Teil die Folge der Politik Hitlers. Während des Krieges lebte Deutschland weitgehend von den Nahrungsmittelbeständen Europas. Die Anbaufläche für Brogetreide verringerte sich in Deutschland um 14 Prozent und auch der Ertrag sank infolge des Fehlens von Düngemitteln. Dies zeigt ein Vergleich der Ernteziffern von 1939 und 1945 in der britischen Zone. Weizen und Roggen: 1939: 2 600 000 Tonnen, 1945: 1 300 000 Tonnen, Rückgang 50 Prozent, Kartoffeln: 1939: 8 500 000 Tonnen, 1945: 5 500 000 Tonnen, Rückgang 35 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat die Bevölkerung der britischen Zone um zwei Millionen zugenommen.

Wurden Nahrungsmittel aus der britischen Zone ausgeführt?

Nur nach Berlin, wo die Bevölkerung des britischen Sektors aus Quellen ernährt werden mußte, die unter britischer Kontrolle stehen, und nach der amerikanischen Zone im Austausch gegen andere Nahrungsmittel: Die Menge dieser Ausfuhren kann mit der Höhe der Einfuhren aus Großbritannien und anderen Ländern nicht verglichen werden.

Leben die britischen Truppen aus deutschen Vorräten?

Der gesamte Bedarf der Besatzungsarmee wird eingeführt. In den ersten Tagen, die auf die Einstellung der Feindseligkeiten folgten, als die Lage chaotisch und die Zivilverwaltung zusammengebrochen war, gab es in einigen Bezirken einen Überfluß an Früchten und Gemüse, die für den Verbrauch der britischen Truppen zur Verfügung gestellt wurden, da es keine Möglichkeit gab, sie zu konservieren oder in die Städte zu befördern. Sobald die Gefrieranlagen und Transportmöglichkeiten wieder hergestellt waren, wurden Befehle ausgegeben, wonach nur dann, wenn der Landkreis-Offizier der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bescheinigte, daß für überschüssige und verderbliche Erzeugnisse keine Transportmittel zur Verfügung stehen, solche Bestände von den britischen Truppen gekauft werden können. Aber sogar dies ist jetzt verboten worden.

Warum können nicht mehr Nahrungsmittel von außerhalb Deutschlands eingeführt werden?

Es besteht eine Weltknappheit an Nahrungsmitteln. Der Krieg hat die Erzeugung und Verteilung von Nahrungsmitteln in der ganzen Welt durcheinander gebracht. Aus dem Fernen Osten kommt kein Reis mehr, so daß die Bedürfnisse Indiens, Burmas und Ceylons soweit als möglich mit Weizen befriedigt werden müssen. In Indien herrscht Hungersnot. Die Lage der früheren Ausfuhrländer zeigt folgendes Bild: Australien: Die Weizenvorräte wurden zur Bekämpfung der Hungersnot in Bengalen im Jahre 1945 aufgebraucht. Argentinien: Die Reserven von Weizen und Mais wurden verzehrt, weil keine Kohle geliefert werden konnte. Nordafrika: Die Lebensmittel für den eigenen Bedarf müssen jetzt eingeführt werden. Mitteleuropa: Die Weizenzerzeugung ist von einem Durchschnitt von 24 Mill. Tonnen — 1935/36 — auf 23 Millionen Tonnen — 1945 — gesunken. Dies bedeutet, daß die USA und Kanada allein den wachsenden Bedarf der übrigen Welt außerhalb der Sowjetunion decken müssen. Deutschland hat schon viel erhalten.

Warum ist die Kürzung so plötzlich heringebracht?

Es bestand die Hoffnung, daß man die Rationen wenigstens bis zum Ende des Winters, wenn wieder Gartenerzeugnisse verfügbar werden, aufrechterhalten könnte. Ende Februar wurde es erst gewiß, daß die Weizeneinfuhren, die zur Aufrechterhaltung der früheren Zuteilungen bis zum Sommer notwendig gewesen wären, nicht würden beschafft werden können. Der Hauptgrund für diese plötzliche Verschlechterung der Weltversorgungslage für Weizen war das Ausbleiben der Regenfälle in Indien im Dezember und Januar. Hierdurch erhöhte sich Indiens Einfuhrbedarf für 1946 von weniger als einer halben Million Tonnen Weizen auf beinahe zwei Millionen Tonnen. Dadurch mußte für alle Zuteilungen aus den Weizenzufuhren von USA, Kanada, Australien und Argentinien ein neuer Plan aufgestellt werden.

Was wird getan, um die Lage zu meistern?

Die folgenden positiven Schritte sind jetzt unternommen worden: Im März und April werden 71 000 Tonnen Mehl, Gerste, Frischgemüse und Fische aus Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen kommen. Verhandlungen über die Einfuhr von 100 bis 200 000 Fassern Salzheringen aus den Frühlingsfangen von Norwegen sind in gutem Fortschreiten.

Sammlung w

Ein Aufruf der Uni

Die Universitäts-Bibliothek hat 550 000 Bände und außerdem fast 100 000 tragenden Bestand versität Münster so und ausländischen klagt auch den Ver Jahre 1928 eingeri scher Autoren“. Die der im Entstehen be In einem Aufruf v Bibliothek Münster stützung in ihrer ker und Schriftstell das

1. alle, die früher oder an einer ausländischen Hochschule Druck erscheinende Universitäts- und Bibliotheksveröffentlichungen in ihrer Gesamtheit zu sammeln und zu veröffentlichen. (Schriften der Universitäts- und Bibliotheksveröffentlichungen) Der „Sammlung“ sich einer großen Nutzen erbrachte, müßte entgegengebracht werden. Die Veröffentlichung eines getreuen Abbildes schriftstellerischen

Um die

Etwa 70 Vertreter der Universitäts- und Bibliotheksveröffentlichungen, darunter Persönlichkeiten wie Lückebach und Schulreferententagung Detmold erschienen.

Eine lebhafteste Ausform der höheren len setzte nach den zen Rheinland und vorschläge aus den ten mit Lateinbegin schen Charakter der anstalten, die Pläne chenbeginn mit En Heimschlusjahr zwisch vor.

Die Geschäftsführung der britischen Universitäts- und Bibliotheksveröffentlichungen, unter der Leitung von D. Grimme, Leiter der Kulturarbeit in Hamburg, und dem hiesigen Schulwesen, Schnippenkötter, Düsseldorf.

Kulturwo

Vom 30. März bis eine Kulturwoche der Beckum statt, in der tragen der Beitrag d zur Sprache kommt. gram, künstlerische kammermusikalisches feierstunde und die spiele von Franz H woche verbundene T sieht die Gründung e christliche Kunst vo woche wird eine Aus öffnet, an der sich Münsterland und den wie aus dem nieder teiligen.

Zeitschriften

Die Gründung der Zeitschriften-Verleger in Düsseldorf vollzogen als Aufgabe, am A Zeitschriftenwesens mitzuarbeiten. Zu vo den die Verleger Wth und Dietrich Oppenb

Zum Thema: Über

Als Antwort auf die dieser Stelle vor kurz ten wir die Zuschrift denten, der wir u. a.

In einem Brief an Dr. Reinhard (Münster) Universitäts- und Bibliotheksveröffentlichungen, die in der Literatur Student zu diesen Da und dabei nicht ideal lich zu begründen v harten Gegebenheiten ausgehen. Zunächst wir alle, die wir jetz ein großes Geschen alle den Besitzungen tet sind, daß so sch schulen wieder geöffn

Diese nachdrückliche jeder derartigen Erör nun im einzelnen: Be würde aber jeder, de können: Das Rezept, dann einmal unterko Entstehen des akad ohnehin schon in v verhärtet werden soll

Zweifelloos ist es für studieren darf, sehr l tungswesen“ gibt, b endem Studium 10— den Verwendungsmö gens dürften sich die rade mit dem Bereo haben. Natürlich ist für die geistigen Qual für seine Leistungen i Abitur mit „Sehr gut es ein gerechtes Pri natürlich sind die po Nahrung sehr einseh wohl alle den Wunsc so geführt zu werden Krieg kommt, und igr da in irgendwo gezo der „Berechtigung“ m

Sammlung westfälischer Autoren

Ein Aufruf der Universitäts-Bibliothek Münster

Die Universitäts-Bibliothek Münster, die durch Kriegseinwirkung etwa zwei Drittel ihres rund 550.000 Bände umfassenden Bücherbestandes und außerdem fast ihren über 300.000 Stück betragenden Bestand an Doktorarbeiten der Universität Münster sowie der übrigen deutschen und ausländischen Hochschulen verloren hat, beklagt auch den Verlust fast der gesamten im Jahre 1928 eingerichteten „Sammlung westfälischer Autoren“. Diese Sammlung ist jetzt wieder im Entstehen begriffen.

In einem Aufruf wendet sich die Universitäts-Bibliothek Münster mit der Bitte um Unterstützung in ihrer Aufbauarbeit an die Akademiker und Schriftsteller Westfalens und wünscht, daß

1. alle, die früher an der Universität Münster oder an einer anderen deutschen oder ausländischen Hochschule eine Doktorarbeit im Druck erscheinen ließen, davon je ein Stück der Universitäts-Bibliothek Münster einsenden;
2. alle schriftstellerisch tätig gewesenen und noch tätigen Autoren Westfalens je ein Stück ihrer noch verfügbaren Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze sowie ihrer sonstigen kleinen Schriften (keine Bücher und Romanwerke) der Universitäts-Bibliothek Münster zwecks Wiederaufbau, Ergänzung und Fortsetzung übermitteln.

Der „Sammlung westfälischer Autoren“, die sich einer großen Beliebtheit und tiefen Benutzung erfreute, muß schon deshalb größtes Interesse entgegengebracht werden, da sie als eine alle Veröffentlichungen umfassende Sammlung ein getreues Abbild des wissenschaftlichen und schriftstellerischen Schaffens in Westfalen ist.

Um die höhere Schule

Etwa 70 Vertreter der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Länder und Städte sowie viele leitende Persönlichkeiten der Militärregierung, Lübeck und Iserlohn waren zu der 3. Schulreferentenkonferenz der britischen Zone in Detmold erschienen.

Eine lebhaft ausgeführte Diskussion über die künftigen Formen der höheren Knaben- und Mädchenschulen setzte nach den Referaten aus den Provinzen Rheinland und Westfalen ein. Die Reformvorschläge aus den westlichen Provinzen betonten mit Lateinbeginn in Sexta den humanistischen Charakter der zukünftigen höheren Lehranstalten, die Pläne Hannovers sehen den Sprachbeginn mit Englisch und ein zusätzliches Heimatschuljahr zwischen Schule und Universität vor.

Die Geschäftsführung der Schulreferentenkonferenz der britischen Zone wurde einem Dreierkollegium übertragen, und zwar dem Staatsminister a. D. Grimme, Hannover, dem Senator und Leiter der Kulturlageangelegenheiten Dr. Laadahn, Hamburg, und dem Abteilungsleiter für das höhere Schulwesen der Nordrheinprovinz, Dr. Schnippenkötter, Düsseldorf.

Kulturwoche in Beckum

Ausstellung religiöser Kunst

Vom 30. März bis 7. April findet in Beckum eine Kulturwoche des katholischen Kulturkreises Beckum statt, in der in einer Reihe von Vorträgen der Beitrag des Christentums zur Kultur zur Sprache kommt. Außerdem enthält das Programm künstlerische Veranstaltungen, wie ein kammermusikalisches Konzert, eine Passionsfeierstunde und die Aufführung des Passions-spiels von Franz Herwig. Die mit der Kulturwoche verbundene Tagung für christliche Kunst sieht die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für christliche Kunst vor. Zu Beginn der Kulturwoche wird eine Ausstellung religiöser Kunst eröffnet, an der sich über 50 Künstler aus dem Münsterland und den angrenzenden Gebieten sowie aus dem niederrheinischen Kulturkreis beteiligen.

Zeitschriften-Verleger-Verein

Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Zeitschriften-Verleger-Vereins wurde am Freitag in Düsseldorf vollzogen. Der Verein setzt sich als Aufgabe, am Aufbau eines hochstehenden Zeitschriftenwesens in den beiden Provinzen mitzuarbeiten. Zu vorläufigen Vorsitzenden wurden der Verleger Wilhelm Bitter, Recklinghausen, und Dietrich Oppenberg, Düsseldorf, gewählt.

Wer ist wo?

Film- und Theatergrößen kommen wieder

Die Frage, wo sich die ehemaligen Größen des deutschen Films und Theaters aufhalten, ob sie wiederkommen oder aber ob sie politisch so stark belastet sind, daß sie nicht mehr spielen dürfen, beschäftigt heute eine große Zahl von Menschen. Trotz aller Sorgen der augenblicklichen Zeit möchte man wissen, was aus diesen Lieblingen geworden ist.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß fast allabendlich am deutschen Theaterfirmament alte Größen erster wie auch zweiter Ordnung wieder neu aufleuchten. Manche, die endgültig verschwunden schienen, kehren wieder, andere freilich werden nicht mehr erscheinen — Schuld oder Schicksal haben sie auf immer ausgelöscht.

Die Rückkehr von Gustav Gründgens zur Bühne — er wird Carl Sternheims „Snob“ in Max Reinhardts Deutschem Theater spielen — ist mehr als nur ein Berliner Ereignis. Es bedeutet ein Symptom der Ermutigung für all diejenigen, die sich große Leistungen vom neuen deutschen Theater erhoffen.

Eine ganze Reihe anderer großer Schauspieler hat ihre Tätigkeit in Berlin wieder aufgenommen. In Max Reinhardts Deutschem Theater spielen Paul Wegener, Gerda Müller und Horst Caspar; im Hebbel-Theater: Walter Frank und Josef Sieber; in der neu eröffneten „Komödie“: Victoria von Ballasko und Lil Dagover; im Steglitzer Schloßpark-Theater: Winnie Markus und Hans Söhrker. Hilde Körber spielt die Sappho, Ingeborg von Kusserow vom Kabarett der Komiker die Eliza in „Pygmalion“. Carl Raddatz und Marianne Hoppe werden demnächst wieder auftreten. Hans Albers, der Unverwundliche von Bühne und Film, wird, aus München zurück, bald seine alte Glanzrolle in „Liliom“ spielen.

Zu denen, die nicht mehr wiederkommen, zählen die Opfer des Judenmordes: Otto Wallburg, Kurt Geron, Fritz Grünbaum, Paul Morgan und weiterhin die Opfer der Naziverfolgung, unter ihnen der vortreffliche Charakterdarsteller Joachim Gottschalk, dem die Verfolgung seiner jüdischen Gattin die Waffe in die Hand drückte und der sich, seine Frau und sein Kind von den Nachstellungen in dieser Welt erlöste.

Der Betriebsappell, den der ganz im Nazifahrwasser schwimmende Intendant der Volksbühne, Eugen Klöpfer, zum „Gedächtnis“ des toten Kollegen abhielt, nahm ihm die letzten Sympathien und den Anspruch auf Nachsicht. In der französischen Zone, wo sich Klöpfer versteckt hielt, wurde er jetzt entdeckt und in Haft genommen. Sein Schicksal teilen Heinrich George, Werner Kraus u. a. Manche mehr oder minder schwer Belastete genießen ihre Freiheit in stiller Zurückgezogenheit, wie der in den letzten Jahren des Dritten Reiches allzu heftig gefeierte Münchener Intendant Otto Falkenberg.

Emil Jannings hat jetzt seine zwölf Jahre lang getratene und in Rußland geborene jüdische Großmutter enthielt. Bedauerlich ist nur, daß man sich noch allzu gut eines Fotos erinnert, das ihn bei einem Spaziergang auf dem Obersalzberg im Gespräch mit seinem Führer zeigt. Er sollte eigentlich wissen, daß die Kunst der Maskierung nur auf die Bühne gehört.

Friedrich Kayßler, Harald Paulsen, Oskar Sima,

Hans Brausewetter und Harry Liedtke fanden in den Tagen des Kampfes um Berlin den Tod. Brigitte Horney, die in einem Schweizer Sanatorium Wiederherstellung ihrer Gesundheit suchte, starb vor wenigen Tagen. Tragisch war auch die Heimkehr Gustav Hartungs aus der Schweiz. Zum Theaterintendanten von Heidelberg berufen, erlag er dort vor der ersten Inszenierung einem Herzschlag.

Viele aus der freiwilligen oder unfreiwilligen Emigration kommen wieder. Ernst Deutsch und Albert Bassermann haben aus Hollywood ihre Rückkehr nach Berlin zugesagt. Diejenigen jedoch, die im Ausland geblieben sind, meist dem Film eng verpflichtet, wie Elisabeth Bergner, die mehrfach Totgesagte und Unvergessene, Heinz Hilpert, der aus der Schweiz zurück und übernahm die Leitung des Hamburger Schauspielhauses.

Veit Harlan, von dem man noch nicht weiß, ob seine Intimität mit dem Filmschirmherrn des Dritten Reiches als vergessen und vergeben gilt, Ilse Werner, Helmut Käutner, Werner Hinz, Matthias Wiemann, Hilde Krahl, Wolfgang Liebeneiner, Elisabeth Lennarth, Alice Treff, Ursula Grabley, sie alle produzieren Kunst und sich selbst auf den Hamburger Bühnen oder sind von dort auf Tournee gegangen.

Viele spielen fern von ihren heimatischen Brettern, wie Elisabeth Flickenschildt und Anna Dammann in Tübingen, Claire Waldhoff, die Ueberlinerin (Hermann Heßler) in München, wie auch Axel von Ambesser, Maria Köppenhöfer, Will Dohm, Erich Engel, Helmut Kröger und Werner Finck, dessen Mut und Witz der Reichspropagandaminister fürchtete, einst im Kabarett der Komiker an der Spree, jetzt im „Schmunzelkolleg“ an der Isar. Lola Mühlthel und Johannes Riemann spielen im gleichen Ensemble am Bodensee. Paul Kemp und Siegfried Breuer gastieren in steirischen Städten. Käthe Dorsch hat es nach Wien verschlagen.

An der Donau ist auch schon der Film zu neuem Leben erwacht. In den Ateliers am Rosenhügel arbeiten Mariette Harrell, Ewald Balser, Paul Hörbiger und Willi Forst.

Einst begeisterte der große Talma die Pariser während der Schrecken der Französischen Revolution, und sein Ruhm überdauerte den Napoleon. Auch heutzutage haben die großen und kleinen Akteure auf der Bühne des schönen Scheins einen festeren Boden unter den Füßen als die auf der Bühne der Politik.

Kurze Kulturchronik

Am 1. April 1946, um 20 Uhr, sendet der Nordwestdeutsche Rundfunk den „Urfaust“ von Johann Wolfgang von Goethe in folgender Besetzung: Faust: Werner Hinz, Mephistopheles: Erwin Lindner, Gretchen: Dagmar Altrichter, Marthe Schwerdtlein: Rita Benckhoff, Wagner: Wilhelm Kürten, Erdgeist: Fritz Wagner, Valentin: Gustav Knuth, Student: Helmut Kröger, Lieschen: Marianne Kehlau, Regie: Ludwig Cremer.

Die Stuppacher Madonna von Matthias Grünwald ist am vergangenen Sonntagabend an ihren alten Platz in der katholischen Kirche in Stuppach durch die Kunstabteilung der Militärregierung zurückgebracht worden. Während des Krieges wurde das kostbare Gemälde in das Kuchendorfer Salzbergwerk gebracht, wo es mit anderen Kunstwerken von den amerikanischen Truppen aufgefunden wurde.

Den Ruf an die Stuttgarter Kunstakademie nimmt Prof. Willy Baumeister an, der bis 1932 an der Akademie in Frankfurt (Main) tätig war und dem unter dem Naziregime die Lehr- und Kunsttätigkeit untersagt worden war.

Zwei Kunstausstellungen über moderne christliche Kunst und junge religiöse Kunst werden in nächster Zeit in Berlin stattfinden. Die Ausstellung moderner christlicher Kunst wird unter dem Leitgedanken „Gestaltendes Evangelium“ vom 20. bis zum 30. Juni in Berlin-Zehlendorf und die Ausstellung „Junge religiöse Kunst“ vom 25. bis 28. April in den Ausstellungsräumen in der Yorkstraße zu sehen sein.

Die „Bach-Festwochen“, die vom 22. März bis 19. April in Leipzig durchgeführt werden, bringen in

20 Veranstaltungen die bedeutendsten Werke Johann Sebastian Bachs zur Aufführung.

Die „Vestische Bühne“ Herten in Westfalen, Direktion Carlo Bordin und Hellmut Hauck eröffnet am 29. März 1946 ihr ständiges Theater in Herten mit der Operette „Die lustige Witwe“. Neben der Operette, die unter anderem Werke von Strauß, Nedbal, Fall, Künneke, Jeßi, Benatzki u. a. zur Aufführung bringt, wird ein neu gegründetes Schauspielensemble der „Vestischen Bühne“ Herten mit Werken von Shakespeare, Schiller, Höpwood und Ivers an die Öffentlichkeit treten.

„Die Brücke“ oder „The bridge“ ist der Titel der ersten Monatszeitschrift in deutscher und englischer Sprache, die jetzt Dr. Heinz Waldrich im Köllen-Verlag in Bonn herausgibt. Die Zeitschrift wie die räumliche Kluff, die zwischen Deutschland und der übrigen Welt besteht, will diese Zeitschrift überbrücken. Es wird zu diesem Zweck, um dem deutschen Leser ein anschauliches Bild von den britischen Verhältnissen zu geben, englische Aufsätze im Originaltext und daneben möglichst sinngerechte deutsche Übersetzungen vorlegen.

Der bekannte Verlag Reclam erhielt von der sowjetischen Besatzungsbehörde die Lizenz, seine alte Verlagsstätigkeit wieder aufzunehmen, die bekanntlich durch billige Ausgaben von Werken der Weltliteratur einen sehr beachtlichen Platz in der deutschen Buchproduktion hatte.

Der bedeutende Anatom Professor Dr. Wassermann, der zur Zeit in Chicago lehrt, wurde vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingeladen, als Ordinarius der medizinischen Fakultät nach München zurückzukehren.

sind es viel mehr, und jeder ein oder zwei belegte Butterbrote bekäme, dann brauchte der Bauer Tag für Tag mindestens ein bis zwei Brote, ein Pfund Wurst lediglich zum Verteilen. Und das geht dann beim besten Willen doch nicht.

Und wenn seit Beginn der Warmwetterperiode immer mehr Menschen aus dem Ruhrgebiet kommen, so ist das ganz verständlich. Zum Vergnügen macht sich keiner den Weg ins Münsterland. Aber es kommen da auch Leute, die unter Gewaltanwendung mitten in der Nacht den Bauern zwingen, die gesamten Eßvorräte herauszugeben; sie sogar mit Gewalt in die Keller einsperren und dann alles plündern. Diese „Gewalt-Hamster-Trupps“, die sogar bis zu 15 Personen kommen, haben zur Folge, daß alle die, die nach ihnen kommen und um etwas Essen bitten, das Herz des Bauern verhärtet finden. Druck erzeugt Gegendruck. Horst Riga, Telgte.

Ankündigung über den Suchdienst

Auf den in Nr. 68 der NWZ vom 5. Februar erschienenen Artikel des Herrn W. Mett (Rheine), „Nachmal's Vorschläge für die Vermögenssuchzentrale“, gibt das Deutsche Rote Kreuz folgende Richtigstellung und Aufklärung:

Der Suchdienst nach Zivilpersonen und entlassenen Wehrmachtangehörigen wird ausschließlich durch die gebildete Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrts-Spitzenverbände, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz und Evgli. Hilfswerk, durchgeführt.

Allen Privat-Suchdienststellen ist die Ausübung weiterer Tätigkeit untersagt und deren Material der Arbeitsgemeinschaft zugeführt worden. Nur durch diese von jeder angestrebte und geschaffene einheitliche Regelung und Ausdehnung des Suchdienstes über die von den Alliierten besetzten Gebiete Deutschlands ist Gewähr dafür gegeben, daß die Suchenden in jedem Falle gefunden werden, wobei Voraussetzung ist, daß jeder Suchende auf dem vorgeschriebenen Vordruck einen Suchantrag stellt. Die sich so ergebenden Ermittlungen werden der Arbeitsgemeinschaft direkt mitgeteilt, womit sich der umständlichere Weg der Verständigung durch Zeitung, Plakate u. dergl. erübrigt.

Die Erfolge sprechen dafür, daß nicht so verfahren wird, wie der Artikelschreiber es gern wahrhaben möchte. Nur eine Zahlenangabe mag hierfür genügen. Täglich werden durch den Suchdienst rd. 5000 Personen wieder zusammengeführt. Kosten in der Höhe, wie Herr Mett sie

Reich der Frau

Möbel, die verlagert waren

Sehr viele Menschen hatten einen großen Teil ihrer Möbel während des Krieges verlagert. So sind sie ihnen häufig erhalten geblieben, wenn sie infolge unsachgemäßer Lagerung auch vielfach gelitten haben. Schimmelflecke aufweisen oder vom Holzwurm befallen sind.

Was macht man da? Zuerst die Schimmelflecke: Nehmen wir einen Leinenlappen, tauchen ihn in eine Lösung von lauwarmem Spiritus oder Essig und reiben damit den Schimmel fort. Trocknen wir sorgfältig nach und polieren mit einem Wolltuch.

Der Holzwurm ist ein ernsthafter Übel. Man erkennt ihn an dem feinen Holzstaub, den man unter dem Möbelstück findet und vor allem an den kleinen Löchern im Holz. Wir versuchen, die Löcher mit flüssigem Naphthalin auszuwaschen oder mit Benzin, Terpentin oder Petroleum auszuspritzen. Das ist eine sehr langweilige und zeitraubende Arbeit, zumal da wir jedes kleine Loch sorgfältig auswaschen müssen. Wir können auch die Löcher mit Wachs oder hartem Paraffin verschließen oder die ganzen Möbel mit Öl oder Paraffin einreiben, um den Würmern die Luft zu entziehen. Wenn das vom Holzwurm befallene Möbelstück klein genug ist, so können wir es in den Backofen stellen; denn trockene Hitze ist eines der einfachsten und sichersten Mittel, die Brut zu zerstören.

Allen unsern Möbeln, die wir jetzt aus dem Verlagerungsort zurückgeholt haben, wird eine gründliche Behandlung mit einer Poliermaschine gut tun. Ein Restchen guter Schuhereime oder Bohnerwachs tut denselben Dienst. Wir können uns eine Poliermaschine selbst herstellen, wenn wir noch zwei Teile Leinöl, zwei Teile Terpentinöl und einen Teil Essig besitzen. Gießen wir die Lösung auf einen Wattebausch, den wir mit einem Leinenlappen umhüllen. Dann tragen wir ganz dünn das Poliermittel auf und reiben mit einem trockenen Leinentuch nach.

Wenn die Möbel von den Witterungseinflüssen, dem Lagern in ungeheizten Räumen und dem Transport unansehnlich, fleckig und spröde geworden sind, stauben wir sie zuerst gründlich ab, am besten mit einem lauwarmen, wenig feuchten Leder und trocknen sie mit einem Leinentuch nach. Dann tragen wir gleichmäßig dünn und immer im Verlauf der Holzmaserung die Poliercreme auf. Lassen wir sie gut einziehen und reiben wir mit einem sauberen Tuch nach. Unsere Möbel werden dann wieder den matten Glanz zeigen, der die Holzart und die Maserung erst richtig zur Geltung kommen läßt.

Matigewordene Polituren läßt sich wieder aufrischen, wenn wir die Möbel mit Petroleum, oder einem Brei aus Kartoffelmehl und Olivenöl abreiben. Größere Flecke bestreuen wir mit feuchtem Salz, reiben die damit behandelte Stelle mit einem Wolltuch gut trocken und frischen den Glanz durch Reiben mit einem Kork wieder auf.

Möbel sind heute solch ein kostbares Gut, daß wir immer gut daran tun, bei ernsthaften Schäden zuerst einen Fachmann um Rat zu fragen, ehe wir voreilig daran gehen, mit ungeeigneten Mitteln die Schäden zu bessern. Kann der Fachmann im Augenblick die notwendigen Reparaturen und Aufrichtungen noch nicht ausführen, weil ihm die nötigen Beizen, Farben oder Lacke fehlen, so gedulden wir uns lieber, als daß wir selbst unser Glück versuchen und vielleicht den Schaden noch vergrößern.

Hefe immer frisch

Es ist nicht leicht, immer dann Hefe zu bekommen, wenn wir sie gerade brauchen, besonders, wenn man weit vom Bäcker wohnt und nicht täglich nachfragen kann, ob Hefe verkauft ist. Mit einem einfachen Mittel können wir aber die gekaufte Hefe viele Tage hindurch frisch und voll gebrauchsfähig erhalten. Nehmen wir eine Kaffeetasse und drücken die Hefe fest hinein. Wir gießen dann etwas Wasser in die Unterfasse und stülpen die Kaffeetasse mit der Hefe so in die mit Wasser gefüllte Unterfasse, daß der Rand der Tasse im Wasser steht. Die Hefe wird dann an einem kühlen Ort aufgestellt. Wenn wir das Wasser alle drei Tage erneuern, haben wir zwei Wochen hindurch immer frische Hefe im Haus und können immer dann backen, wenn unvermutet Besuch kommt, gerade Zeit zum Backen ist und vor allen Dingen, wenn unsere Rationen es gestatten.

Briefe an die NWZ

Zum Thema: Überfällung der Universitäten

Als Antwort auf die Ausführungen, die wir an dieser Stelle vor kurzem veröffentlichten, erhielten wir die Zuschrift eines münsterischen Studenten, der wir u. a. folgendes entnehmen:

In einem Brief an die NWZ (22. 3. 46) stellte Dr. Reinhard (Münster) fest, es müßten heute neue Universitäten gegründet werden, das freie Spiel der Kräfte müsse entscheiden und das Berechtigungsproblem sei dem Geiste einer wahren Universitätsliteratur fremd. Ich möchte als Student zu diesen Darlegungen Stellung nehmen und dabei nicht ideale Vorstellungen geschichtlich zu begründen versuchen, sondern von den harten Gegebenheiten einer überaus harten Zeit ausgehen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß wir alle, die wir jetzt studieren dürfen, das als ein großes Geschenk empfinden und daß wir alle den Besitzungsdrängen zu Dank verpflichtet sind, daß so schnell die deutschen Hochschulen wieder geöffnet worden sind.

Diese nachdrückliche Feststellung hat heute jeder derartigen Erörterung voranzugehen. Und nun im einzelnen: Beim „freien Spiel der Kräfte“ würde aber jeder, der studieren will, studieren können. Das Rezept, wo die vielen Akademiker dann einmal unterkommen sollen, d. h. wie das Entstehen des akademischen Proletariats, das ohnehin schon in vielen Fachrichtungen droht, verhütet werden soll, gibt Dr. Reinhard nicht.

Zweifelloos ist es für den großen Teil, der nicht studieren darf, sehr bitter, daß es ein „Berechtigungsproblem“ gibt, bitterer aber ist, nach vollendetem Studium 10–20 Jahre nach der passgenauen Verwendungsmöglichkeit zu suchen. Übrigens dürfen sich die entscheidenden Stellen gerade mit dem Berechtigungsproblem beschäftigen haben. Natürlich ist es kein absoluter Maßstab für die geistigen Qualitäten eines Menschen und für seine Leistungen im späteren Leben, ob er sein Abitur mit „Sehr gut“ bestanden hat; aber gibt es ein gerechteres Prinzip als das der Leistung? Natürlich sind die politischen Zulassungsbestimmungen sehr einschneidend, aber wir haben doch wohl alle den Wunsch, in Zukunft nicht wieder so geführt zu werden, daß es wieder zu einem Krieg kommt und irgendwelche Grenzen müssen da ja irgendwo gezogen werden. Einen Punkt der „Berechtigung“ muß ich noch behandeln, der

wirklich für viele Bezogene sehr bitter ist, das ist der Punkt, daß das Studium bei den schwierigen Lebensbedingungen heute mehr denn je an vorhandene Geldmittel gebunden ist. Selbstverständlich müssen wir in allergrößter Zeit dahin kommen, daß das Studium nur von den geistigen Qualitäten und nicht vom Geldbeutel abhängig ist. Aber auch gerade hier tut z. B. die Westfälische Landesuniversität alles irgendwie Mögliche. Es kann sicherlich nicht mehr verlangt werden, als daß der Dekan einer Fakultät persönlich bei den in Frage kommenden Persönlichkeiten und Stellen um Mittel für seine minderbemittelten Studenten bittet.

Abgesehen von den verheerenden Folgen für die Akademiker selbst ist betreffs der Neuordnung von Universitäten aber auch noch zu bedenken, daß unsere Lage heute viel bitterer ist als 1810 und 1910.

Den einzigen Sinn Ihrer Darlegungen, Herr Dr. Reinhard, könnte ich darin erblicken — aber davon sprechen Sie gar nicht —, daß Sie wünschen, daß einzig und allein die Leistung bei der Zulassung zum Studium entscheiden möge und in keiner Weise das Geld, damit auch dem ärmsten Sohn unseres Volkes bei vorhandenen Geistesgaben der Weg zur Universität frei ist, d. h. daß auch sein Unterhalt während seiner Studienzeit gewährleistet ist.

Ich glaube, daß das in nicht allzu ferner Zeit der Fall sein wird.

Herbert Schmidt, Münster.

Was würden Sie wohl da tun?

Tag für Tag kommen Hunderte von Menschen aus dem Industriegebiet, um sich hier im Münsterland einige Lebensmittel zu holen. Die größte Zahl dieser Leute bietet die unmöglichsten Dinge zum Tausch an. So kommen auch täglich fast 20 Menschen auf den Hof des Bauern, dessen Besitzer ich kenne. Jeder von ihnen bittet um ein Butterbrot oder um etwas Mittagessen. Oft bekommen sie es, aber ebenso oft wird es ihnen auch abgeschlagen.

Was sind das für sture Bauern hier, aber die haben ja noch alles!“, das ist die übliche Antwort, die man bekommt. Sind die Bauern denn wirklich so stur? Nein, ganz und gar nicht, aber bedenken Sie folgendes, lieber Leser: Wenn zwanzig Menschen pro Tag kommen, und oft

anführt, können nur von privaten Unternehmen erhoben worden sein, die aus der Not des Volkes ein Geschäft machen wollten. Das Deutsche Rote Kreuz legt schärfste Verwahrung ein gegen die von Herrn Mett fälschlich gemachten Darstellungen, wonach die unmöglichsten Beträge abverlangt werden. Er sagt wörtlich: „2–3 RM, sind geringe Beträge, vielfach werden 5, 10, sogar 25 und 30 RM abverlangt.“ Es ist deshalb notwendig, in der Öffentlichkeit bekannt zu geben, daß Tausende von Anträgen ohne den geringsten Unkostenbeitrag schon vom Deutschen Roten Kreuz bzw. von der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen und bearbeitet worden sind. Erst jetzt ist nach Mitteilung der Militärregierung vom 6. 2. 1946 lediglich zur Bestreitung der Porto- und Verwaltungskosten die Zahlung einer Spende von einer Reichsmark als notwendig erachtet. Jedoch wird hiervon die Bearbeitung des Antrages nicht abhängig gemacht. Die Aufnahmestellen des noch allein genehmigten Suchdienstes sind die Dienststellen des Deutschen Roten Kreuzes, die Pfarrämter der evgl. Kirche und die örtlichen Dienststellen des Hilfswerkes der Evgli. Kirche in Deutschland und die Pfarrämter der Kath. Kirche und die Dienststellen des Caritasverbandes.

Ratsuchende werden gebeten, sich bei der Suche nach vermißten Angehörigen an die vorstehend näher bezeichneten Dienststellen und Einrichtungen der Arbeitsgemeinschaft zu wenden.

Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Westfalen.

„Mit dem Hute in der Hand...“

Wenn man heute durch die Straßen einer Stadt geht, sieht man immer wieder, daß einige Männer noch immer nicht zu der alten guten Gewohnheit zurückgefunden haben, den Hut bei einer Begrüßung vom Kopfe zu nehmen. Vielmehr kann man beobachten, daß sie den Hut nicht einmal dann lüften, wenn sie selbst durch Abnehmen des Hutes begrüßt werden. Viele werden mir nun antworten, daß es in der augenblicklichen schweren Zeit nicht angebracht ist, auf solche kleinen Außerlichkeiten zu achten. Demen möchte ich sagen, daß man auch Kleinigkeiten nicht außer Acht lassen sollte. Höflichkeit hat nichts mit Kriecherei zu tun.

Wilfried Schoppmann, Herten.

(Die in der NWZ veröffentlichten Briefe geben der Leserschaft die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, ohne daß die Schriftleitung sich mit Inhalt und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

Stadt und Land

Der Generalreferent für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Staatssekretär a. D. Dr. Hermann Heukamp, ist auf Anordnung der Militärregierung mit der vorläufigen Leitung des Landesernährungsamtes und der Landesbauernschaft beauftragt worden.

Die Benutzung der zwischen Köln und Hamburg sowie zwischen Frankfurt (Main) und Bielefeld verkehrenden Dienst-D-Züge ist auch für Übergangsreisende nur mit Zulassungskarten erlaubt. Reisende ohne Zulassungskarten werden wie Reisende ohne gültigen Fahrausweis behandelt.

Zum neuen Vorsitzenden der münsterischen Abendschule Zoologischer Garten, die seit ihrem 75jährigen Bestehen zugunsten des Zoos durch volkstämmliche Veranstaltungen rund dreierlei Million Mark erspielt, wurde Joh. Gillhaus (Münster) gewählt.

Eine pädagogische Hochschule zur Ausbildung katholischer Volksschullehrer wird für Münster vorbereitet (nicht, wie kürzlich berichtet, für Paderborn), eine evangelische für Bielefeld, eine simultane für Dortmund.

Bürgermeister Wolters, der am 17. April 1945 die Geschäfte des Bürgermeisters der Stadt Coesfeld übernahm, ist am 1. März in den Ruhestand getreten.

Auf eine 25jährige Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt Ahaus kann am 1. April Bürgermeister Johannes Ridder zurückblicken.

In Werries bei Hamm fanden spielende Kinder eine Granate. Sie machten sich daran zu schälen, so daß das Geschloß explodierte. Ein dreijähriges Kind kam dabei zu Tode.

Zum Bürgermeister der Stadt Soest wurde Kreisbauernführer August Müller (Soest) gewählt. Der bisherige Bürgermeister Franz Becker ist jetzt Stadtdirektor.

Beim Haushaltsplan der Stadt Soest für das Rechnungsjahr 1946/47 ergibt sich ein Fehlbetrag von 248.630 RM. Allein für die Flüchtlingsfürsorge und Unterstützungsempfänger mußten 840.000 RM. veranschlagt werden.

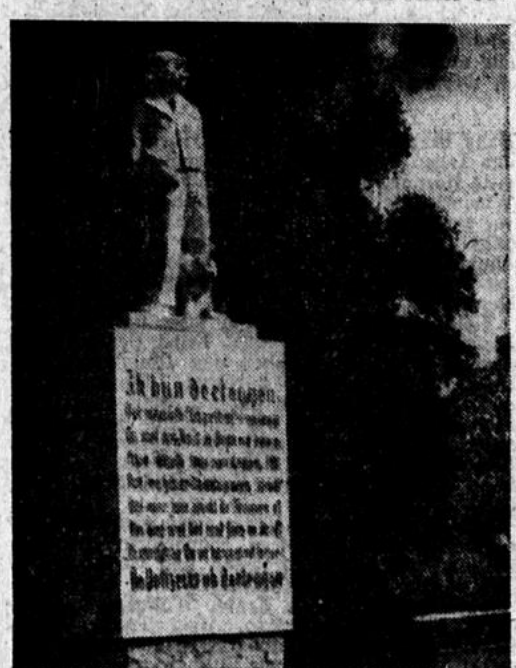
Von den 3075 zerstörten Wohnungen des Kreises Arnsberg waren bis März 1946 bereits 1925 wieder hergestellt. Die Sammlung für den Wiederaufbau, die im vorigen Jahr durchgeführt wurde, erbrachte 400.000 RM.

Die Staatschule Hörter, die seit 1943 stillgelegt war und im Oktober 1945 den Lehrbetrieb wieder aufnahm, beendete in diesen Tagen ihr erstes Semester. Die Schule wird z. Z. von 193 Schülern besucht; für das neue Semester liegen bereits 730 Anmeldungen vor.

In Löhne fand die Gründungsversammlung des „Verbandes der Zigarrenfabrikanten für die britisch besetzte Zone Deutschlands“ statt.

Der Langenbergpark in Bocholt

Wenn in früheren Jahren der Frühling in den Langenbergpark einzog, dann wachte alte Liebe zu ihm auf durch die Fülle seiner Blüten und seiner Farben.



Der „Meckerer“ im Langenbergpark zu Bocholt.

hen. Vergessen waren die grauvorhangenen Winterstage, die soebenlose Zeit, wenn man inmitten des ersten Blühens die sehnsüchtigen Werblieder des

kleinen, buntgefiederten Völkchens vernahm, wenn man mit sonntäglicher Erwartung die Entfaltung des Parkes zu einem immerwährend blühenden Blumenstrauch sah. Man fühlte sich in ihm geboren. Die Kinder, die am Rande ihre Spielplätze hatten, die Alten, aus deren Händen die Eichhörnchen und Drosseln die Brotkrumen nahmen; der Blumenfreund, der botanische Seltenheiten entdeckte; der Vogelliebhaber, der sich die frohe Symphonie des sorglosen Lebens vorzungen ließ; die Philosophen, die im Auf- und Ab der schönen Vergeßens-Probleme zu denken suchten; die Mühschaffenden, die, ruhend auf einer Bank, ihren Feierabend durch die Strahlen der scheidenden Sonne verkünden ließen.

Jetzt ist der Park ein Tummelplatz geworden. Sicher, der Krieg schlug ihm tiefe Wunden. Doch die Wunden zu heilen, Schlummer lassen die Schönheit derjenigen, die gefühllos sind die Krankheit des Siechtums angetragenen haben: Barbarische Fäuste von Feiern füllten erbarungslos in der Zeit, als die Ordnung noch nicht über die Unordnung gesiegt hatte, Bäume; Hände der Habsüchtigen und Gierigen gruben mit einem Frevelmut ohnegleichen die Blumenwiesen und Rhododendron-Stauden aus; Diebstahlsfinger nahmen das Vorratsholz für Bänke und Reparaturen, ja sogar den Schuppen, darin es untergebracht war.

Freunde des Parkes haben sich nun die Aufgabe gestellt, ihn vor solchen Vergewaltigungen zu schützen und mit den leider nur spärlich vorhandenen Mitteln wieder aufleben lassen. Bocholt! Unterstützt dieses Vorhaben! Dürstet nicht länger, daß man sich an Euren Park vergreift. Seid rücksichtslos gegen die, die rücksichtslos Euer Eigentum behandeln, und zeigt sie an! Der Park und die Vogelwelt werden es Euch mit Blüten und Singen lohnen. Und in Zukunft soll für jeden die Mahnung des „Meckerers“ verpflichtend sein:

Ik bin deen!
Dat man zick flügelhaft benömpt
Und met dat Rad in Park rin kump.
Hier Hünde frey rümpelen lött,
Upt Gräb hier Ratzekoppers schütt.
Dat man hier plückt die Blumen af
Un hier wat döt, wat stuns ne draff.
Ik warschau Ou un kann wall seggen:
De Polizei is ok deetergen.

Die Steingewinnung in Bocholt

In der letzten Magistratssitzung wurde die Anregung des Oberbürgermeisters Dr. Benölken, eine Steingewinnung aus den Trümmern der Stadt vorzunehmen, lebhaft begrüßt.

Um diese Anregung so schnell wie möglich in die Tat umsetzen zu können, wurde sogleich der Finanzausschuß mit der Ausarbeitung dieses Planes beauftragt. Dieser sieht nun vor, daß alle Glieder der städtischen Schicksalsgemeinschaft, Männer, Frauen, Jungen und Mädchen, sofern das 14. Lebensjahr erreicht ist, an der Steingewinnung, die vom 1. April bis zum 1. Oktober stattfindet, teilnehmen sollen, und zwar im Monat einen Tag. Hausfrauen mit drei und mehr Kindern sowie Ordensschwwestern sind ausgenommen. Wer aus irgendeinem Grunde daran praktisch nicht teilnehmen kann oder will, zahlt für den Arbeitstag einen Geldbetrag, der sich nach dem Einkommen richtet, in Höhe von 6 RM. oder 15 RM. Ehemalige Nationalsozialisten, die vom Entnazifizierungsausschuß als aktiv befunden werden, leisten rückwirkend den dreifachen Anteil an Arbeit oder Geld. Die Stadt Bocholt erhält von den gewonnenen Steinen 20

Prozent, die in erster Linie für Schulbauten Verwendung finden sollen.

Die Stärke des Planes liegt erstens in der Forderung an alle: denn wenn er sich schon zum Besten des Gemeinwesens auswirken soll, so mußte die Forderung eine allgemeine sein; zweitens: in der freien Wahl des Anteiles Arbeit oder Geld. Es ist mit dieser Wahl kein Freikaufen von der Arbeit beabsichtigt, doch ohne Geld läßt sich dieser Plan nicht durchführen. Durch den Erlös des Geldes sollen Hunderte von Arbeitslosen innerhalb der Steinaktion wieder eine langfristige Arbeit erhalten. Und es ist wohl jedem klar, daß geschlossene Baugruppen mehr leisten, als die nur einmal im Monat eingesetzten Kräfte es vermögen.

Im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit soll eine Gemeinschaft entstehen, damit aus den Trümmern die 700jährige Stadt Bocholt wieder neu erblüht.

Eine wichtige Anordnung

Das Bocholter Wohnungsamt teilt mit: „Jeder Umzug, ganz gleich, ob in oder außerhalb der Stadt, ist nach Verordnung Nr. 16 der Militärregierung anmeldepflichtig, auch dann, wenn jemand mehr als drei aufeinanderfolgende Nächte von seiner gewöhnlichen Wohnung fernbleibt. Auch Reisen, sofern sie mehr als drei Tage in Anspruch nehmen, bedürfen der Anmeldung. Zudem macht sich jeder strafbar, der den Zuzug in seine Räume, sofern er über drei Tage und Nächte dauert, duldet, wenn nicht eine entsprechende Genehmigung vorliegt.“

Verlegung des Arbeitsamtes

Das Bocholter Arbeitsamt hat seine Diensträume aus den Räumen von Siemens & Halske in das Polizeigebäude an der Münsterstraße verlegt.

Diebe lassen ihre Beute im Stich

Bei einer Bahnhofskontrolle zu dem Frühzug nach Herten-Dorsten fielen den Beamten mehrere schwere Säcke in die Hände, die von Reisenden stehen gelassen worden waren. Wie sich herausstellte, handelte es sich um Diebstahl, das von den Dieben im Stich gelassen wurde, um sich selbst in Sicherheit zu bringen. Die Säcke enthielten Geflügel, Butter, Speck, Mehl, Kartoffeln, sogar ein geschlachtetes Kalb. Die Nachforschungen ergaben, daß die Einbrecher in ein Lebensmittelgeschäft in Vreden eingebrochen waren. Sie erbeuteten außer den Lebensmitteln noch eine ganze Anzahl Lebensmittelmarken, die sie auf ihrer Flucht mitnehmen konnten.

Gefasste Einbrecher

Bei dem Bauern H. in Borkenwirth wurde ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt, bei dem Fleischwaren, Speck und sonstige Lebensmittel den Dieben in die Hände fielen. Einem Bahnbeamten der Strecke nach Herten-Dorsten fielen in den Morgenstunden zwei schwer beladene Männer auf. Er benachrichtigte die Bahnhofswache von Marbeck-Heiden, die die Verfolgung der Diebe aufnahm. Die Diebe wurden gestellt. Bei der Verhaftung leistete einer Widerstand, konnte aber überwältigt werden. Der andere entkam. Weiteres Diebstahl konnte unweit des Gehöftes, im Walde versteckt, gefunden werden.

Tödlicher Unfall

In Rhede wurde das Kind der Familie Joh. Hünting vor der elterlichen Wohnung auf der Oststraße von einem Kraftwagen überfahren. Im Krankenhaus erlag es seinen Verletzungen.

Sportecke der NWZ.

FC Olympia Bocholt - SC 1926 Bocholt 5:2 (2:0). In ihrem ersten Meisterschaftsspiel standen sich die beiden Mannschaften gegenüber. Schon vom Anstoß weg rollte der erste Angriff gegen Sportklub Tor. Nach etwa 20 Minuten hieß es 2:0 für Olympia. Bis Halbzeit blieb nun das Spiel vertieft. Nach dem Wiederanstoß war bald das 3. Tor fällig. Olympia wurde drückend überlegen. Bei einem Durchbruch nutzte der Mittelfürer des Sportklubs ein Mißverständnis zwischen Verteidiger und Torwart aus und schoß den ersten Treffer für den Sportklub. Olympias Überlegenheit hielt aber weiter an und drückte sich auch zahlenmäßig im 4. und 5. Tor aus. In der Schlussminute wurde vom Sportklub ein Handelfmeter verwandelt.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Provinz Westfalen, Lippe, Schaumburg-Lippe. Zählung von Werkzeugmaschinen. Alle Transportfirmen haben bis zum 10. April sämtliche Werkzeugmaschinen, die zwischen dem 24. März und 7. April von ihnen transportiert wurden, unter Angabe der Maschinenart, sowie des Absenders und des Empfängers zu melden. Ebenso müssen alle Werkzeugmaschinen, die zwischen dem 21. März und 7. April zur Reparatur, Verfertigung, Abgabe der Reparatur beauftragten Firma oder Person bis zum 10. April unter Angabe der Maschinenart, des Herstellers, der Fabriknummer und des Eigentümers gemeldet werden. Alle Meldungen sind zweifach an den Generalreferat Wirtschaft, Hauptabteilung D. Warendorf, Lillienstr. 2, einzusenden. Zuwiderhandlungen werden nach den Gesetzen der Militärregierung strafrechtlich verfolgt.

Der Oberpräsident.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen - Generalreferat Arbeit - ordnet mit sofortiger Wirkung an: Öffentliche Sammlung im Bereich der Provinz Westfalen zur Unterstützung der notleidenden Opfer des Grubenunglücks auf der Zeche Grimberg III/IV bei Kamen und deren Hinterbliebenen bedarf meiner Genehmigung. Alle einkommenden Beträge aus diesen öffentlichen Sammlungen sowie Spenden und Zuwendungen für diesen Zweck fließen dem vor mir eingerichteten Sonderkonto „Grubenunglück Grimberg“ zu und sind auf das Konto Nr. 31/1915 bei der Reichsbankstelle in Münster oder auf Postcheckkonto 355 Dortmund abzuführen.

Provinz Westfalen, Preßabteilung Nr. 3/46. Nachstehende Hochpreisliste I. Gartenbauzeugnisse aus der Prov. Westfalen u. den Ländern Lippe und Schaumburg-Lippe haben Gültigkeit für die Zeit vom 2. 4. bis 30. 4. 1946. Die Erzeugnisse gelten ab 1. 4. 46. Die Preise gelten für A-Ware, B- und C-Ware, muß entsprechend gültig sein. Die Preise sind in Mark und Pfennig angegeben. 500 g. Rpt., Preis für selbstgemachte Erzeugnisse bzw. Kleinhandelspreis bis 13 Rpt., Rpt., 500 g. (11) (17) Wirsing, 500 g. (11) (17) Rosenkohl, 500 g. (11) (17) Grünkohl, 500 g. (12) (18) Kohlrabi, 500 g. (12) (18) Möhren, 500 g. (10) (16) Rote Beete, 500 g. (6) (10) Steckrüben, gelb, 500 g. (4) (7) Steckrüben, weiß, 500 g. (4) (7) Stoppel, 500 g. (3) (7) Sellerie, über 8 cm, 500 g. (20) (30) Sellerie, unter 8 cm, 500 g. (17) (27) Porree, 500 g. (23) (34) Zwiebel, 500 g. (10) (17) Suppengrün, 500 g. (9) (14) B. Kartoffeln, Erzeugnisse je 50 kg gelb, 3,75, weiß, 3,45 RM. Verbraucherhöchstpreis je 50 kg 4,85 (4,65). Beim Ausplündern der Kartoffeln durch den Empfänger, od. Kleinhandeler (Abgabe in Mengen unter 50 kg) je 5 kg 0,58 (0,55). In den Großstädten je 50 kg 0,10 RM. mehr. Gartenbauzeugnisse, die nicht aus Westfalen, Lippe und Schaumburg-Lippe stammen, dürfen unter Zurechnung der in den Herkunftsgütern gültigen Erzeugnisse und Versandhandelspreise der vertriebenen Frachtkosten und der zulässigen Handelsmargen nach der Frischwaren-Anordnung vom 27. 3. 1942 kalkuliert werden, aber auf Grund des Erlasses des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen - Preisabteilung - vom 30. Okt. 45 - B. VI-III/1548 - darf eine Empfänger-Großhandelspreisspanne bei Belieferung von Großhändlern des gleichen Ortes nicht berechnet werden. Die in dem Gebiet dieser Länder eingeführte Ware ist auf der Rechnung als solche zu bezeichnen. Auf die Bestimmungen betr. Berechnung der Schwund- und Verderbspanne wird hingewiesen. Jede Warenkopplung ist verboten. Für das Vorhandensein und die Richtigkeit der Güteklassen- und Sortenbezeichnung in Rechnung und Etikett trägt jede Handelsstelle selbst die Verantwortung.

Im Auftrage: gez. Dr. Hupers.

Münster. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen veröffentlicht im Mitteilungs- und Verordnungsblatt eine Verordnung über die Gewinnabführung 1945 für Banken, Versicherungen und Unternehmen der Elektrizität, Gas- und Wasserversorgung. Die genannten Unternehmen sind verpflichtet, eine Gewinnabführungsrechnung beim Finanzamt abzugeben, den Gewinnabführungsbeitrag selbst zu berechnen und mit der Abgabe der Erklärung an das Finanzamt abzuführen. Auskunft erteilen die Finanzämter.

Der Oberfinanzpräsident Westfalen.

Stadt Münster. Betr.: Verteilung von Vitamin-C-Tabletten. Auf Veranlassung der Militärregierung erhalten die Kinder im Alter von 0-6 Jahren, mit Ausnahme der Kinder von Voll- und Teilselbstversorgern, zur Erhaltung ihrer Gesundheit Vitamin-C-Tabletten. In gleicher Weise werden die Kinder, für die die Schulpflicht angeordnet ist (6-18 Jahren), zu ihren Mahlzeiten Vitamin-C-Tabletten erhalten. In der 88. Zuteilungsperiode erhält jedes Kind 200 mg (4 Tabletten), während der 87. Zuteilungsperiode 400 mg (8 Tabletten). Die Art der Verteilung für die Schulpflichtberechtigten bleibt den für die Durchführung der Schulpflicht verantwortlichen Behörden überlassen. Die Verteilung an die Kinder von 0-6 Jahren findet durch die Apotheken statt. Die Ausgabe der Vitamin-C-Tabletten für die Kinder im Alter von 0-6 Jahren wird während der 88. Zuteilungsperiode auf die Abschnitte 867 der Lebensmittellisten 14 und 15 durchgeführt. In der 87. Zuteilungsperiode werden die Abschnitte 14/877, 15/877 und 16/877 der Kleinkinder, Kleinstkinder- und Säuglingskarten mit je acht Tabletten beliefert. Ausländer, die in den sechs Jahren werden in der gleichen Weise berücksichtigt werden, sie erhalten ihre Vitamin-C-Ration über die örtlichen DP-Vernorgungskassen auf Antrag bei den Ernährungsämtern, Abt. B.

Der Oberbürgermeister, Ernährungsamt, Abt. B. und Wirtschaftsamt.

Kreis Borken. Kruppelrecht des Landkruppelarztes Dr. Linde-Hopding, Donnerstag, 4. April 1946 10 Uhr, Gröb-Röken (Krankenhaus) 12 Uhr Borken (Städt. Gesundheitsamt im Hauptpostamt, 2. Stock) 16.30 Uhr Rhede (Pflanzengarten am Gildesack) Freitag, 5. 4. 1946, 8.30 Uhr, Bocholt für die Amt Liebern-Verth, Dingen u. Stadt Anholt (Gymnasium Bocholt, Zimmer 22).

Geschäftsanzeigen

Dr. med. Max Wülling, Facharzt für Chirurgie, Borken, Lange Stiege 19, Fernruf 225. Sprechstunden von 10.30 bis 12.30 Uhr. Alle Kassen.

Groß-Tauschvermittlung, Ing. W. Gustav Böhm, Preetz (Holstein), Langestr. 7. Unsere über die gesamte britis. Zone verbreitete Vermittlung f. Tausch, Kauf u. Verkaufsangelegenheiten wird f. d. Bez. Borken und Coesfeld in Borken, Beckingsweg 28, vertreten. Hier erbt die Ausk. über alle Vermittlung. Wir vermitteln zum Tausch, Kauf u. Verkauf: Möbel u. Einrichtungsgegenstände, aller Art, Damen-, Herren-, Kinderkleidung u. Wäsche, Damen-, Herren- u. Kinderschuhe, Uhren, Optik, Schmuck, Wertgegenstände, Radio, Musikinstrumente, Spielzeug, Sportartikel, Haus-, Industrie- u. Gewerbetreibenden Fahrzeuge, Motoren, Werkzeuge f. alle Gewerbebetriebe, Grundstücke, Geldmarken, Bücher, Briefmarken, Schreibm., alle Büroartikel, Landwirtsch., Haus-, Zug- u. Zuchttiere, Suchdienst sowie alle Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens. Geöffnet v. 9-12 u. 14-18 Uhr, samst. 9-13. Sonnt. geschl. Vertr. Josef Bokeloh, Borken, Beckingsweg 28.

Aufträge im Spinnen u. Stricken werden f. d. aufgegebenen Mengen, Pölow, Bocholt, Holtecker Str. 8.

Reparaturen an Fahr- u. Motorrädern, Vulkanisieren von Fahrradpneumatik, Lieferung v. Zubehör u. Ersatzteilen, Bertold Feder, Bocholt, Sechsbachstr. 12.

Zugflaschen, Güter-Nah- und Fernverkehr, Kolk, Grotzloh 312.

Briefmarken, Ergänzung ihrer Sammlungen durch Kauf u. Tausch im Rundsendeverkehr. Pappe, Kosteln, H. Habekost, (20) Hildesheim, Bismarckstr. 23.

Alle ehem. Mitglieder des Tennisclubs 1894 Bocholt, die Wert auf die Fortsetzung der Mitgliedschaft legen, werden gebeten, ihre jetzige Anschrift anzugeben bei Frau-Maud Wiesmann, Bocholt, Saffarstr. 4.

Friedrich Wilhelm Lebensvers.-A.-G. Wer sich nicht rechtzeitig um die Aufrechterhaltung seiner Vers. bemüht, kann im Versicherungsfall nicht auf Leistung rechnen. Wir bitten deshalb unsere Vers., die ihre Wohnung gewechselt haben, um Angabe ihrer neuen Anschrift, damit wir uns mit ihnen abstimmen, bald in Verbindung setzen können. Die Zahlung rückständ. u. lfd. Vers.-Beiträge erb. wir auf Postcheckk. 10921 Dortmund u. Angabe der Nummer d. Vers.-Scheines.

Reparatur-Nähmaschinen. Näh. Frau Fort, Gemen, Freiheit 14.

Allianz-Vers., insbes. Ostfälisch, und Ekvuliert, die Vers.-Verträge nicht in Ordnung haben, können die Regelung auf meinem Büro vornehmen. Brief: Schöngen, Gen.-Agentur der Allianz-Vers.-A.-G., Borken, Lange Stiege 10.

Ambulantes Gewerbe! Zur Gründung des Kreisverbandes Borken-Bocholt wollen alle ambulanten Gewerbetreibenden ihre genaue Anschrift, a. Ernst Weising, Gemen, Neumühlental 183, einreichen.

Architekturbüro Wiedersheim 1. 4. 46. Dasselb. Hochbauarchitekt Josef Zimmermann, Architekt, Bocholt, auf der Recke 2.

Gelegenheitsanzeigen

Christlich-DEMOKRATISCHE Union. Am 31. 3. 1946 findet um 11 Uhr eine große Kreiskundgebung in der Aula des Gymnasiums Borken statt. Sprech.: Univ.-Prof. Stiller und Rechtsanwalt Josting-Meier, beide Münster. Landwirtschäftliche Angelegenheiten, die mit Pferden umgehen kann, sof. od. später ges. Bauer Eikenbrock, Ostentfeld oder Oelde.

Zuviel. Ackerknecht sofort ges. Bauer Bernh. Kahlhoff-Ueling, Dernekamp 44, Bielefeld.

Junge von 15-17 Jahren für die Landwirtschaft ges. N. 167, NWZ, Bocholt.

Tücht. Ackerknecht, mit sämtl. landwirtsch. Arbeiten vertr., gesucht. Wenzel Neuhaus, Loikum.

Fachmann für 1. Steppdecken- und Matratzenherstellung z. Näh. und Stoffherstellung gesucht. N. 228 NWZ, Bocholt.

Zwei tüchtige Schumachergehilfen für Dauerbeschäftigung ges. Bernhard Enck, Bocholt, Schwabenstr. 21.

Älterer Fuhrmann, der mit Vieh umgehen kann u. etwas Landwirtsch. versteht, sof. od. baldigst. Kann gestellt werden. E. 2358 NWZ, Borken.

Tüchtiger Ackerknecht ges. H. Katteler, Hemden 26.

Jungfr. Ackerknecht, der mit Pferden umgehen kann, ges. Bauer Gerh. Ahlold, Stenert.

Selbstständig arbeitender Landwirtsch., der auch Melken kann, auf 30 Rpt. gr. Bauernhof gesucht. Paul Telahr, Barlo 141.

Tücht. Mädchen, kath., vom Lande f. Haus- und Gartenarbeit auf Bauernhof bei Familienanschluß ges. Schweitzer, v. E. 2248 NWZ, Borken.

Tüchtige Mädchen f. Landwirtsch. ges. Wenzel Neuhaus, Loikum.

Sprechstunde f. Zahnärztliche Praxis ges. Schriftl. Angeb. an Dr. Merthin, Bocholt, Neust. 19.

Umsicht, Jung. Schneider (Meisterin), such. Ostf., zw. Aufbau eines Nähbetriebs, ges. Wohnung evtl. im Hause. E. 2340 NWZ, Borken.

Jg. Buchhalter s. gleichg. Gute Zeugn. Zuletzt als Buchhalter u. Kassier im Bankfach. Firm u. selbstst. in allen Arb. Am liebsten wieder im Bankfach tätig. N. 224 NWZ, Bocholt.

Chirurg m. gut. Allg.-Ausbildg., zul. vertritt, Leiter eines Krankenhauses, auch vertratungswise, Stellung in Praxis od. Krankenhaus. Angeb. unt. E. 536 an Ann.-Expd. Jak. Vowinkel, W.-Elberfeld, Hardstr. 104.

Jg. Mann, mit all. vork. landw. Arb. vertr., s. Stelle f. d. Landw. z. 15. 4. DC 976 NWZ, Dülmen.

21jähr. Mann, s. Stellung als Kraftfahrer od. Fahrer, Führerschein Kl. 2, vork. Grünebohm, Dingen 11.

Staatl. gepr. Landwirt, Kriegsgeschied., s. Stellung in einem groß. Betrieb, evtl. unt. Cebellerting. N. 233 NWZ, Bocholt.

Buchhalterin, mehrere J. im Molkeerz. betriebl. tätig, m. besten Zeugnissen f. Empfehlungsw. u. passende Stollg. Laboratorische Untersuchungen von Molkeerzeugnissen, können mit über. werden. N. 221 NWZ, Bocholt.

Suche für meine Tochter, 21 J., kath., sehr kinderlieb, Stelle als Hausstoch. ter auf einem groß. Bauerngut zur Erlernung d. Küche u. d. Haushalts. N. 220 NWZ, Bocholt.

Bauarchitekt, 24 J., Landwirtsch. schule bes., s. Stelle zur weiteren Ausbildung in Küche u. Haushalt auf groß. Gut bei Fam.-Anschl. N. 232 NWZ, Bocholt.

TODESFÄLLE

Wwe. Johann Nakott starb am 6. 2. 1946 nach kurzer Krankheit, versehen mit den hl. Sakramenten, im 71. Lebensjahr. Um stille Teilnahme bitten: Die trauernden Kinder, namentl. Anverwandten. Bocholt, Feldstr. 16. Sechswochen, Seelenamt am 6. 4. 1946, 7.15 Uhr, in der Kapelle zum Guten Hirten.

Wwe. Elisabeth Tewisse starb am 18. 2. 1946 nach kurzer, schwerer Krankheit, versehen mit den Tröstungen der hl. Kirche. Um stille Teilnahme bitten: Die trauernden Angehörigen. B. o. c. h. o. l. t., Kaufhausstr. 29. Sechswochenseelenamt am 1. 4. 1946, 6.30 Uhr, in der Hl. Kreuz-Kirche.

Buchhalterin, 7 J., beaufst. v. vert. mit Maschinenbuchführ. u. an selbstst. Arbeiten gewöhnt, m. guten Zeugnissen, s. Stellung. N. 219 NWZ, Bocholt.

Garten- od. Ackerland od. auch einf. Einfamilienhaus m. Garten a. d. Lande sof. gegen Barzahlung zu kaufen ges. Ang. m. Angabe d. Einzelheiten. BB 1968 NWZ, Oelde.

Einw. u. Alum.-Brah. 2,8-3,5 mm l. Läng. Nieten 1/1-1/2, 30-300 g. Schiffsch. kettl. Unterteile, Baubeschläge etc. ges. BB 1957 NWZ, Oelde.

Großer, wachsamer Hund v. Landwirt zu kl. ges. Bocholt, Schützenstr. 11.

Schreibmaschine dring. zu kauf. ges. N. 234 NWZ, Bocholt.

Suche neue oder noch gut. Schalmaschine mit Gebälke für Gerste u. Hafer. Clemens Schöo, Mühle Rüthenbrock, z. Z. (23) Groß-Pullen Kr. Meppen.

Dackelrude, 4 Mon. alt, grau, Eltern Jagdl. gut, zu verk. f. Rauf. Bocholt, Bronkhorststr. 12.

Lichtmaschine auf der Strecke Rhede, Borken, Rheidebrücke vert. f. Belohnung abzugeben. Bernh. Möllenbeck, Transportunternehmen, Althrede 145.

Weinstock Dammhut am 17. 3. von Rhede bis Rheidebrücke vert. Höhe Belohnung. Näh. NWZ, Borken.

Bauer, Schürhünd. 11. 3. 1946 in Marbeck abhandelt. Gen. Garvert-Welmering, Marbeck 85.

Tauschanzeigen

Der zuerst genannte Gegenstand wird angeboten.

Guter Ofen gegen Ziehharmonika oder Akkorden. Näh. NWZ, Borken.

Nähmaschine geg. Schreibstisch. N. 210 NWZ, Bocholt.

Jagdhund gegen wach. Hund. Wilh. Dünn, Lowick 46.

Gutes Fahrradbüchsen gegen Kinder-schuhe. Gr. 28. Näh. Biomesath, Rhede.

Meyers Lexikon, 24 Bde., gegen Radio oder Klavier. Näh. Rademacher, Rhede.

Gute, hochtr. Kuh oder Rind gegen gut. Fohlen. Näh. Biomesath, Rhede.

Gute hohe Schuhe, 25 oder 30, gegen Schuhe. Gr. 27-28. Rhede, Nordstr. 14.

Zimmerofen gegen Teppich. Näh. Werth 57.

Herd, gut. u. gegen Radio. Näh. Bierwald, Ramsdorf.

Bandonium gegen Wiener. Näh. NWZ, Borken.

Korbmöbelgarnitur: 3 Sessel, 1 Tisch mit Sitz- und Rückenissen gegen Kleinkl. (Wertausgl.). Bocholt, Looptadstr. 40.

Schweres Arbeitspferd gegen Fohlen. Heint. Niehaves, Althrede 19/111.

Kinder- oder Bettwäsche geg. Damen- oder Herrenwäsche. Näh. Damm, Minervastr. 54.

Brauner Damenwintermantel (42-44) geg. blaue Damenschuhe (38). Bocholt, Schwarzstr. 7.

Zimmerofen gegen Herrentafel (42) oder Herrenscheitel (42). Bocholt, Stiffr. 22.

Philips-Radio, 5 Röhren, gegen Motor. Rad (Wertausgl.). Bocholt, Leopoldstr. 40.

Guter, großer Kaninchenstall mit Rassekaninchen gegen Radio. Anzuy oder Stoll. Heint. Dohle, Bocholt, Pfälzer Str. 22.

Weißes Popeline-Sporthemd (37-38) u. ein Paar Kopfkissenbezüge geg. zwei Beizeisen. Warendorf, Eimer. Bocholt, Kretschmer Str. 67.

Guter, grauer Herren-Übergangsmantel (46-48) gegen gut. Sessel oder Radio. N. 218 NWZ, Bocholt.

Kinderwagen und Sommermantel, Gr. 44, gegen gut. Spritzstrahl sowie Kinderwagen gegen Wertausgl. Näh. NWZ, Borken.

Kleiderstift gegen Damenportschube mit Kellabatz. Gr. 39, Hanna Jan. sen. Anholt, Heide Str. 108.

Gutes Herrenrad gegen Damen-fahrrad. Näh. NWZ, Borken.

Kriegerwitwe mit einem Kind sucht 2-Z.-Wohn. evtl. Wohnungsaussch. Näh. NWZ, Rhede, Rademacher.

Oberbett gegen Damenschuhe mit Kell. abatz (37) oder Damenschuhe mit hohem Absatz (37). Bocholt, Molkestr. 63.

Radiore Philips CL 4 geg. guter. Herrenschuhe (45) und Zylinder. Bocholt, Hemdner Str. 98.

Tragende Kuh oder Rind gegen Heu. Heint. Eiskamp, Biemesath 62.

Zwei kl. möbl. Zimmer gegen ein gr. oder zwei leere kl. Zimmer. Bocholt, Potsdamstr. 25.

Brauner Herrenhalbschuh (42) gegen Knabenschuhe (39). Bocholt, Herm. Lons-Str. 77.

Guter, Herrentafel (41) gegen Fußballstiefel (41). Bocholt, Baust. 10.

Guter, Küchenschrank gegen guter. Herrentafel. Näh. NWZ, Rhede, Rademacher.

Suchdienst! Anzeigen nur für nächste Angehörige; was bei Aufg. nachzuweisen ist, es werden nur Name des Gesuchten und seine letzte Adresse veröffentlicht.

(CL 147) Stabsgefr. Heinrich Kreienkamp, Pp.-Nr. 43560 B. März 45 in Mähr.-Ostria, Lage Patzau, Brünn (Slowakei).

(CL 148) Stabsgefr. Paul Hiltmann, Pp.-Nr. 43650, verm. April 45 Dresden.

(CL 149) Sold. Josef Hiltmann, Pp.-Nr. 43625 C. verm. 17. 12. 43 Rüd. Mittelschneit.